

Stiftung Brandenburg
Brandenburgische Ravensbrück
Gedenkstätten Sachsenhausen



Heinrich-Grüber-Platz
16515 Oranienburg
Telefon: 03301/ 8109 12/25
Telefax: 03301/ 810 928

Impressum der Ausstellung: **Die Sprache des Gedenkens**
Zur Geschichte der Gedenkstätte Ravensbrück
1945–1995
Eröffnung: 28. November 1999

Gesamtleitung: Sigrid Jacobeit
Konzeption und wissenschaftliche Leitung:
Insa Eschebach, Susanne Lanwerd
Wissenschaftliche Mitarbeit: Sigrid Abenhausen,
Katharina Barnstedt, Manuela Möbius
Gestaltung und Regie der Produktion:
Norbert Günther

Dem Innenministerium des Landes Brandenburg danken wir für die freundliche finanzielle Unterstützung der Ausstellung und des Begleitbandes sowie der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin für die Kooperation bei der Ausstellungsvorbereitung.

Herausgeber der Schriftenreihe: **Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten**
Heinrich-Grüber-Platz 1
16515 Oranienburg
Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück
Straße der Nationen
16798 Fürstenberg

Herausgeber des Bandes Nr. 11: Insa Eschebach, Sigrid Jacobeit, Susanne Lanwerd (Hrsg.)
Die Sprache des Gedenkens
Zur Geschichte der Gedenkstätte Ravensbrück 1945–1995
Lektorat: Susanne Lanwerd
Redaktionelle Assistenz: Sigrid Abenhausen

© 1999 EDITION HENTRICH, Berlin
Alle Rechte sind vorbehalten.
Jegliche Wiedergabe, auch in Auszügen, nur mit
Genehmigung des Verlages und der Autoren

Printed in Germany
1. Auflage 1999
ISBN 3-89468-257-4

Insa Eschebach
Sigrid Jacobeit
Susanne Lanwerd
(Hrsg.)

DIE SPRACHE DES GEDENKENS

Zur Geschichte der
Gedenkstätte Ravensbrück
1945–1995

Schriftenreihe der Stiftung
Brandenburgische Gedenkstätten
Band Nr. 11

EDITION HENTRICH

⁵ Hierzu meine Ausführungen ‚Von der Aporie im Gespräch zwischen Christen und Juden‘, in: Jüdischer Almanach 1995, Frankfurt 1994, S. 160–169.

⁶ In der heutigen Diskussion in Israel über ‚israelische Identität‘ wird in diesem Zusammenhang oft von ‚Tribalismus‘ gesprochen, was meiner Meinung nach über die amerikanische Literatur zu soziologischen und politischen Fragen von ‚Civil Religion‘ in Israel Eingang gefunden hat. Ich halte es für unangemessen, weil die Gedanken einer Civil Religion eben nur im christlichen Kontext von Gesellschaft verstehbar ist, jedoch auf Jude-Sein nicht applizierbar ist. Allein die Tatsache, daß man zum Judentum übertreten kann, ist ein Hinweis darauf, daß es sich eben nicht um Tribalismus handelt, sondern um eine Schicksalsgemeinschaft – freiwillig gewählte wenn zum Judentum übergetreten und ‚Zwangsmitgliedschaft‘ wenn per Geburt.

⁷ Ein von Hannah Arendt eingeführter Begriff zur Be- oder Umschreibung der Schoah.

⁸ Aubrey Pomerance, Ein Andenken der Gerechten zum Segen. Das Memorbuch der jüdischen Gemeinde Bonn, in: Dialog (21) 1/97, Mitteilungen des Steinheim-Instituts für deutsch-jüdische Geschichte, S. 1.

⁹ Das „s“ ist wie in „Saat“, das „ch“ wie bei „Bach“ auszusprechen.

¹⁰ In der jüdischen Tradition wird die Bedrohung der Existenz des Volkes von Anbeginn wahrgenommen. Eine Sammlung der rabbinischen Auslegungen hierzu findet sich bei A. Ben Cahjim, Sefer Reschit Gojim (Hebr.), Jerusalem, 1993. Zum Thema Gedenken siehe den eindrucksvollen Band von Yosef Chajim Yerushalmi, Zakhor. Jewish History and Jewish Memory, New York 1989. Ders. Über das Vergessen, in: Ein Feld in Anatot. Versuche über jüdische Geschichte, Berlin 1993, S. 11–20.

¹¹ Siehe hierzu den interessanten Beitrag von Daniel Krochmalnik, Amalek. Vernichtung und Gedenken in der jüdischen Tradition, in: H. Loewy, B. Moltmann (Hg.), Erlebnis – Gedächtnis – Sinn, Authentische und konstruierte Erinnerung, Frankfurt 1996, S. 121–136. Er beschreibt die häufigen Filiationen in der rabbinischen Auslegungs- und Interpretationstraditionen zwischen späteren Judenvernichtern und ihren Stammesvätern, so etwa zwischen Haman und Amalek.

¹² Exemplarisch für diesen jüdischen Zugang ist die Haggadah von Pessach. Einer ihrer Kernsätze lautet: „In jeder Generation muß sich ein jeder so verstehen, als sei er selbst aus Ägypten befreit worden.“ Der Einzelne steht in der „Kette der Generationen“, wodurch seine Individualgeschichte zum Beitrag für die Kollektivgeschichte wird; umgekehrt aber, ruht er mit seinem Schicksal in dem des Kollektivs.

¹³ Jochen Spielmann, Gedenken und Denkmal, in: Gedenken und Denkmal, Entwürfe zur Erinnerung an die Deportation und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Berlins, Berlin 1988, S. 7–46, hier 8.

¹⁴ Hans Mommsen, Erfahrung, Aufarbeitung und Erinnerung des Holocaust in Deutschland, in: H. Loewy (Hg.) Holocaust: Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, Hamburg 1992, S. 93–100, hier S. 94.

Alf Lüdtke

Blumen und Grabsteine – für alle Kriegstoten?

Gedenken, Erinnern und Beschweigen in der DDR.

Beispiele aus dem Berliner Umland

Die Akteure öffentlichen, zumal staatlich-offiziellen Totengedenkens beziehen sich auf individuelle Trauer: Angesichts des anonymen Todes in den Massenkriegen zumal des 20. Jahrhunderts bedürfte der Tod der Vielen erinnernder Würdigung.¹ Die Rituale des Gedenkens gewährten den Überlebenden Trost in Schmerz und Trauer; sie hülften, je eigenes Erinnern, aber auch Vergessen zu formen. Und die Nachlebenden bedürften der Erinnerungs-Rituale, um ihre Verpflichtungen für das „große Ganze“ – für eine neue und bessere Zukunft, aber auch für Gemeinwesen und „Staat“ – ermessen zu können.

In diesem Beitrag möchte ich Verknüpfungen wie unvermitteltes, aber andauerndes Nebeneinander skizzieren: von öffentlichen Zeichen und öffentlichem Schweigen, von herrschaftlicher Kontrolle wie von eigensinniger Praxis einzelner. Geboten wird kein zusammenhängendes Bild. Vielmehr folgen Momentaufnahmen. Sie gelten einzelnen Orten; sie springen aber auch zeitlich hin und her, von 1989 ins Jahr 1985, dann wieder in die frühen 1990er Jahre. Es ist ein Versuch, jenen Mäandern nachzuspüren, die die Landschaften des Trauerns und Gedenkens ebenso wie die des Erinnerns und Vergessens prägen.

Forschungsreise in die DDR

Es war Ziel wie Bezugspunkt der offiziellen Versuche der DDR, ein Minimum des Gedenkens an die toten deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs mit einem Höchstmaß an Distanz zum „Hitlerfaschismus“ in Einklang zu bringen. Wie aber verhielten sich einzelne Menschen, die sich um Gräber kümmerten? Die Eindrücke aus der DDR kontrastiere ich mit Facetten zum Umgang mit den Kriegstoten und der Erinnerung an sie, wie sie in der alten Bundesrepublik zu beobachten waren. Der erste Schauplatz ist der „Zentralfriedhof“ in Halbe, ca. 50 Kilometer südöstlich von Berlin.

Es war ein sonniger Tag Mitte April 1989. Zusammen mit einem Kollegen der Akademie der Wissenschaften der DDR war ich in dieses Dorf im Kiefernwald, im Brandenburgischen gefahren. Es war die letzte Station, bereits außerhalb der Route einer mehrtägigen Erkundungsfahrt, die den Grabstätten toter deutscher Soldaten aus den Kämpfen von 1945 im Berliner Umland gegolten hatte. Die Reise unterschied sich von ethnographischer Feldforschung, wie sie längst auch im westlichen Europa üblich geworden war. Ich hatte Monate zuvor einen Einreiseantrag stellen müssen. Der erst wenige Jahre gültige Vertrag zum Wissenschaftleraustausch zwischen den beiden deutschen Staaten ermöglichte einen direkten Austausch zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen im Rahmen konkreter Projekte. Mit Kollegen an der Sektion Kulturwissenschaft der Humboldt-Universität Berlin hatte ich diese Erkundung von Grabstätten als Projekt vorab vereinbart.

Freilich war eine solche Erkundungsreise ungewöhnlich. Bis auf eine Ausnahme, von der ich nur allgemein und ohne Detailkenntnis wußte (ein Interviewprojekt von Lutz Niethammer, Alexander von Plato und Dorothee Wierling, dessen Ergebnisse 1991 unter dem Titel „Volks-eigene Erfahrung“ publiziert wurden), gab es so etwas bis dahin nicht. Auch nachdem ich erst unmittelbar vor der Reise – wie wohl üblich – mein Visum erhalten hatte, war ich nicht

sicher, ob damit auch die Erlaubnis gewährt war, Grabstätten aufzusuchen und dafür mehrere Tage lang in der DDR mit meinem Pkw unterwegs zu sein.

Bei meiner Ankunft in Ost-Berlin hörte ich jedoch sofort, daß der Antrag akzeptiert worden war. Es sei bereits alles bis ins Kleinste vorbereitet. Am folgenden Vormittag brachen wir zu dritt für drei Tage Richtung Norden und Nordosten auf. Von den mehr als einem Dutzend Friedhöfe und Einzelgräber schafften wir die allermeisten – es reichte jedoch nicht mehr, um Berlin zu umrunden und auch Halbe zu erreichen. Da aber beide Begleiter mehrfach betont hatten, wie unerlässlich es sei, auch Halbe zu besuchen, hatte ich kurzentschlossen einen anderen Bekannten gefragt, ob er dafür Zeit habe.

Halbe I: Friedhofswärterinnen

In Halbe, einem Landstädtchen in märkischem Sand und Kiefernwald, hatten wir Schwierigkeiten, den Friedhof zu finden. Am Ortseingang übersahen wir beinahe ein unauffälliges Schild, das die Richtung wies zu einem „Zentralfriedhof“. Einzelne Passanten, die wir ansprachen, machten nur vage Angaben – als müsse man das doch wissen! Einem dieser Armzeichen ins Weite folgten wir schließlich. Schon von weitem sahen wir den Schlagbaum eines Truppenübungsplatzes, offenbar der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR. Als wir umdrehten, merkten wir, daß wir bereits an dem Zentralfriedhof entlangefahren waren: Der Übungsplatz für die heutigen Soldaten lag direkt neben dem Friedhof der toten Soldaten von 1945.

In einem Kiefernwald erstreckten sich lange Reihen von grauen, niedrigen Sandsteinen; sie markierten die Gräber. Jeder dieser Steine war ein Rechteck von ungefähr 50 mal 30 Zentimeter – insgesamt kennzeichneten sie einen Begräbnisplatz für mehr als 22 000 Tote. Die allermeisten der hier Begrabenen waren zwischen dem 22. und 30. April 1945 gestorben. In diesen letzten Kriegstagen schloß die Rote Armee ihren Ring um Berlin. Südlich der „Reichshauptstadt“ (und Hitlers letzter Zuflucht) versuchten die bunt zusammengewürfelte 9. Armee sowie das V. Armeekorps, Widerstand zu organisieren. Es waren um die 200 000 Soldaten von Wehrmacht und Waffen-SS, gemischt mit Volkssturm und HJ, Polizei, Reichsarbeitsdienst, Luftwaffenbodentruppen und dem SS-Strafbataillon Dirlwanger. Die vorrückenden sowjetischen Truppen zerschlugen diese Verbände bzw. deren Reste zwischen dem 26. und 28. April. Eine unbekannte Zahl von Soldaten und flüchtenden Zivilisten wurde getötet.²

Auf manchen der Steine waren Namen eingraviert, manchmal auch Geburtsdaten, mitunter Geburts- wie Todesdaten. Nicht wenige der Angaben zeigten, daß die hier Begrabenen erst 15 oder 16 Jahre alt – oder aber Männer in ihren 70er oder gar 80ern – gewesen waren. Auf einigen wenigen der Grabsteine fanden wir Blumen. In der Mehrzahl aber waren es Steine, auf denen stand: „Ein Unbekannter“ oder „11 Unbekannte“. Als wir eine sanft ansteigende Anhöhe hinaufgingen, erreichten wir dort eine Sandsteinstele, ungefähr 4 Meter hoch. An ihrem Fuß war eingemeißelt: „Die Toten mahnen uns, für den Frieden zu leben.“³

Etwa 100 Meter weiter trafen wir vier Frauen – Arbeiterinnen, die die Grabpflege besorgten und den Friedhof instand hielten. Sie waren damit beschäftigt, liegengebliebene Blätter und Tannennadeln von den Gräbern und Wegen zusammenzukehren und auf einzelnen Grabplätzen Unkraut zu jäten. Es sei mühsame Arbeit: „Du bist immer auf Deinen Knien. Du mußt Dich immer herunterbücken. Deine Hände sind immer dreckig. Die Nägel splintern und gehen kaputt.“ Der Lohn war offenbar gering, dennoch aber wichtig. Bereits seit über einem Jahr war „der Mann“, der früher die Gruppe beaufsichtigt hatte, nicht ersetzt worden (der frühere Vorarbeiter war, so erwähnte eine, in Rente gegangen). Erwähnenswert

war für sie, daß sein Lohn – offensichtlich höher als der ihre – keineswegs zwischen ihnen aufgeteilt würde. Das Geld ginge aber auch nicht an die von ihnen, die jetzt seine Tätigkeit besorgte. Das erzählten sie sachlich-nüchtern. Zornig waren sie über etwas anderes: daß sie jetzt auch noch schwere Lasten wuchten und Karren schieben mußten – überhaupt alle Tätigkeiten bei ihnen hängenblieben, die zuvor „der Mann“ besorgt hatte.⁴

Wann denn der Friedhof eingerichtet worden sei? Die Antwort deckte sich mit der, die wir später vom Bürgermeister des Ortes bekamen: „Um 1950.“ Ja, Pastoren der Gegend und die Ortskirche hätten seinerzeit die Initiative ergriffen. Sie hätten das Bergen und den Transport der sterblichen Überreste nach Halbe organisiert. Auf diesem Platz seien die Leichen, die allermeisten unidentifiziert, in Massengräbern beigesetzt worden. Für diese Frauen war es nur „natürlich“, daß danach der Staat und die Orts-Gemeinde die Verantwortung übernommen hatten.⁵

Zugleich verbargen die Frauen keineswegs ihre Skepsis, zeigten sogar schroffe Ablehnung. Sie galt vielleicht dem Vorgehen der Gemeinde im allgemeinen, bezog sich hier aber ausdrücklich auf den Bürgermeister. Erst seit einem Jahr im Amt, hätte er – so eine der Frauen mit offener Empörung – neue Bestimmungen für den Friedhof erlassen: Niemandem sei es mehr gestattet, Blumen auf ein einzelnes Grab bzw. einen einzelnen Grabstein zu stellen. Die Anordnung lautete vielmehr, Blumen und Kränze zentral zu sammeln und zu Füßen der Stele aufzustellen. „Wie kann man es wagen, Menschen zu verbieten, Blumen auf das Grab ihrer Lieben zu stellen?“ – so lautstark eine andere, und die anderen nickten zustimmend. Weshalb denn der Bürgermeister diese Anordnung getroffen hatte bzw. wie er sie begründete? „Er sagte uns, daß jeder gleich behandelt werden soll. Alle Toten hätten gelitten, deshalb sollten sie jetzt auch gleich behandelt werden.“ Eine der Frauen fügte hinzu, jetzt ganz sachlich, vielleicht sogar ein wenig unterkühlt: „Nun, wir halten uns einfach nicht an diese Anweisung. Oder kann jemand Blumen dort wegräumen, wo sich jemand seinen Lieben besonders nahe fühlt?“

Als wir uns der Stele genähert hatten, hatten wir an ihrem Fuß mehrere Blumensträuße und Blumenschalen gesehen: Vergißmeinnicht, aber auch ein Nelkenstrauß mit roter Schleife: links „Nie wieder Krieg“, rechts „Die gesellschaftlichen Organisationen . . .“ – aufgedruckt waren die Namen lokaler Schulen und Betriebe. Als wir diese Kränze im Gespräch mit den Frauen erwähnten, sagten sie, daß Gruppen aus der Region, wie Sportvereinigungen, Schulklassen und „Arbeitsbrigaden“, regelmäßig kämen und Blumen brächten. Auch NVA-Soldaten und Angehörige des nahebei stationierten MfS-Wachregiments „Feliks Dzerschinski“ kämen. Ganz offensichtlich waren diese Besuche nicht auf bestimmte Daten oder Termine konzentriert; man kam das ganze Jahr durch. In diesen (1980er) Jahren war Westdeutschen hingegen nur am Welfriedenstag, dem ersten Sonntag im September, der Zugang gestattet.⁶ An diesem Tag legte auch eine offizielle Delegation der „Ständigen Vertretung“ (der Bundesrepublik) einen Kranz nieder.⁷

Nur wenige von denen, die in den Kämpfen um Halbe getötet oder verwundet worden waren, stammten aus der Gegend selbst. Die meisten Soldaten waren Angehörige ganz unterschiedlicher und zum Teil versprengter Einheiten. Dazu gehörten Reserve- und Ersatztruppenteile, aber auch Volkssturm-Verbände. Zumal die letzteren kamen aus der Region, zumindest aus der Lausitz, Niederschlesien oder Brandenburg. Über die Straßen bewegten sich aber auch zahllose Flüchtlinge, vielfach in Trecks aus den östlichen Provinzen, auf der Flucht vor der Roten Armee. Wenn in den 1980er Jahren Menschen aus der Umgebung die

Gräber in Halbe besuchen, dann können sie zwar weitgehend sicher sein, daß zahllose Gräber Tote bergen, die nicht aus „ihrer“ Gegend sind. Da aber der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen bzw. in der DDR der „Umsiedler“ bei einem Viertel oder mehr der Wohnbevölkerung lag, mochten gerade die als „unbekannt“ gezeichnete Gräber Orte sein, an denen man der „eigenen“ Toten in der Ferne gedenken konnte.

Halbe II: Der Bürgermeister

Szenenwechsel in das Amtszimmer des Bürgermeisters von Halbe. Nach dem Besuch des Zentralfriedhofs hatten mein Kollege und ich das kleine Haus betreten, das ein Schild als Sitz des „Rates der Gemeinde“ auswies. Wir waren nicht angemeldet, hatten einfach geklopft. Der Bürgermeister war sofort zur Stelle: Ich stellte mich als Historiker aus der Bundesrepublik vor, der über Kriegerdenkmäler arbeite und bat darum, ihm einige Fragen stellen zu dürfen.

Obwohl wir uns nicht vorher avisiert hatten, zeigte sich der Bürgermeister – für mich überraschend – nicht irritiert. Er verwies mich bzw. uns auch nicht an eine andere Autorität, den Rat des Kreises oder Bezirkes oder gar an das Außenministerium. Ohne weitere Rückfragen war er bereit, uns zu antworten. Der Friedhof sei – ähnlich hatten wir es bereits auf dem Friedhof gehört – „in den frühen 1950er Jahren“ eingerichtet worden; ungefähr 22 000 tote deutsche Soldaten und Zivilisten habe man hier beigesetzt. Die meisten Leichen wären aus den umliegenden Wäldern und Dörfern geborgen worden; in Halbe habe man sie in Massengräbern bestattet. Wenn man aber einzelne Verwandte ausfindig gemacht habe, oder wenn eine Antwort auf die Suchanzeigen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz eingetroffen sei, dann habe die Verwaltung ein Schild mit Namen und gegebenenfalls Daten der jeweiligen Person an einem einzelnen Grabstein angebracht.

Der Bürgermeister schloß mit dem nachdrücklichen Hinweis, daß die DDR oder: „mein Staat“ alle Fragen „gelöst“ habe, die sich mit der Erinnerung und dem Gedenken an die toten Soldaten der „Hitler-Armee“ stellten. Und: „In Berlin haben wir eine zentrale Gedenkstätte errichtet. Sie ist allen Opfern von Faschismus und Militarismus gewidmet.“⁸ Ich fragte, ob er sich sicher sei, daß alle Soldaten, die gestorben oder gefallen waren, unter diesen Text paßten (der auch in der zentralen Gedenkstätte zu lesen war): „Den Opfern von Faschismus und Militarismus“? Ließen sich die Soldaten als „Opfer“ begreifen, die den Faschismus doch in der einen oder anderen Weise mitgetragen hätten, die mindestens indirekt an seinen mörderischen Aggressionen beteiligt waren? Der Bürgermeister antwortete mit einem befremdeten Blick, blieb aber stumm. Er fügte nur hinzu, daß an jedem Totensonntag der westdeutsche „Botschafter“ erscheine und einen offiziellen Kranz der Bundesrepublik niederlege.

Kriegstote und „Gefallene“ in der Bundesrepublik: Nationales

Im April 1989 war ich ein Besucher aus der Bundesrepublik. Meine Wahrnehmungen und Deutungen der Formen des Gedenkens und Erinnerns an die Soldaten der Wehrmacht waren ergänzt durch meine Erfahrungen in diesem anderen deutschen Staat. Bereits kurz nach Kriegsende hatten deutsche Autoritäten in den westlichen Besatzungszonen mit großer Beharrlichkeit betont, daß die Soldaten zu den unmittelbaren Opfern des Regimes gehörten.⁹ Ausgeblendet blieb, daß Soldatsein in achselzuckender „Pflichterfüllung“, aber

auch aus Überzeugung, wenn nicht mit Begeisterung – daß dies die unerläßliche Voraussetzung war für den deutschen Faschismus im Krieg wie für seine Raubzüge und Völkermorde.

In dieser Sicht hatte die überwiegende Mehrzahl der deutschen Soldaten nur Befehle ausgeführt, selbst als die allermeisten bis zum allerletzten Schuß kämpften und es für sie wie für das „Reich“ längst „fünf Minuten nach 12“ war. Das Stereotyp der deutschen Soldaten als Opfer weniger Schurken oder „Machthaber“ war auch durch die Prozesse über Mordtaten, die dem Ulmer Einsatzgruppenprozeß von 1958 folgten, kaum angetastet worden. Auch in dem Frankfurter Auschwitz-Prozeß ab 1963, der in der Bundesrepublik weithin beachtet wurde, ging es ja, so schien es, ausschließlich um die SS bzw. um das KZ-Wachpersonal. Die Wehrmacht und ihre Soldaten – da waren sich lokale und nationale Öffentlichkeit mit den familialen Männerrunden einig – schienen davon nicht berührt.

Selbst als im Frühjahr 1985 ein scharfer medien-öffentlicher Konflikt aufbrach, der sich um die angemessene Form der Ehrung von Toten des Krieges drehte, ging es nicht um die Frage, ob sich eine solche Ehrung vielleicht politisch verbiete. Anlaß war der sogenannte „Tag der Versöhnung“, den die Bundesregierung bzw. Bundeskanzler Helmut Kohl in engem Kontakt mit den Beratern des US-Präsidenten Ronald Reagan als gemeinsamen Auftritt des deutschen Bundeskanzlers und von Reagan für den April 1985 auf dem Friedhof in Bitburg vorgesehen hatte.¹⁰ Auf diesem Friedhof, so wurde bald bekannt, sind neben Soldaten der Wehrmacht und der alliierten Truppen auch Angehörige der Waffen-SS begraben. Das hatte in der Bundesrepublik wie international scharfe Kritik ausgelöst: Erneut und weiterhin würde die Differenz zwischen (Mit-)Tätern und ihren Opfern ignoriert. Ungeachtet der nachdrücklichen Proteste gedachten der westdeutsche Kanzler und der Präsident der USA jedoch in Bitburg Seite an Seite der toten alliierten wie deutschen Soldaten. Reagan hatte seinerseits im Vorfeld sein Programm um einen Besuch bei der Gedenkstätte des KZ in Bergen-Belsen erweitert, ganz offensichtlich, um die öffentliche Kritik in beiden Ländern zu beruhigen; dieser Besuch ging der Zeremonie in Bitburg voraus.¹¹

Jenseits der Medien-Öffentlichkeit waren Stimmen über die „nie endende Reue“ Deutschlands bzw. „der Deutschen“ in den Jahren zuvor keineswegs stumm geblieben.¹² Im Kontext der Zeremonie von Bitburg bekamen solche Bewertungen jedoch wieder Auftrieb; sie wurden vernehmlicher geäußert als je seit den späten 1960er Jahren. In diesem Umfeld begann in akademischen Kreisen eine erbitterte Debatte darüber, ob der Holocaust „singulär“ gewesen sei. Der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas attackierte insbesondere den Historiker und Philosophen Ernst Nolte: Wenn Hitler nur auf bolschewistischen Terror reagiert haben solle, dann würden nicht nur die Handlungssequenzen ignoriert. Vor allem bagatellisiere dieses Argument das Skandalon des Zivilisationsbruchs, des durchgeplanten, industriell betriebenen Völkermordes. Habermas' Intervention löste eine ebenso hitzige wie erschütternde Auseinandersetzung aus – in der auch Rolle und Verhalten der deutschen Armee bzw. Soldaten direkt zum Thema wurden.¹³ Immerhin räumte schließlich sogar ein Bundesminister, Norbert Blüm, ein: „Solange die Ostfront hielt, konnte die SS ihr mörderisches Tun in Auschwitz fortsetzen.“¹⁴

Bitburg zeigte der internationalen Öffentlichkeit das, was in Westdeutschland seit den frühen 1950er Jahren wieder zur Regel geworden ist. Jedes Jahr wird einmal der Toten des Krieges, nach 1945: der Kriege gedacht.¹⁵ An diesem „Volkstrauertag“ werden lokal wie zentral Gedenkveranstaltungen gehalten, die letztere ausgerichtet vom „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“, im Rahmen einer Sondersitzung des Bundestages. Die lokalen Veranstaltungen zeigen einen weithin ritualisierten Verlauf: Einer Ansprache eines lokalen

Honorationen folgen Kranzniederlegungen – in aller Regel begleitet, seit den späten 50er Jahren vielfach aktiv mitgetragen von einer Abordnung der Bundeswehr im großen Dienstanzug (also mit Stahlhelm). Hier wird auch ein Kranz der Bundeswehr niedergelegt. Dabei werden die toten oder „gefallenen“ Soldaten als „Opfer des Naziterrors“ dargestellt und betrauert. Ob sie freiwillig oder gezogen waren, auf welche Weise sie ihre „Soldatenpflichten“ erfüllt haben mögen, wird nicht weiter erwähnt. Denn hatten die Toten oder „Gefallenen“, diese bedauernswerten und armen Menschen, nicht „ihren Preis“ an das „braune Terrorregime“ entrichtet? Die Zahl der Teilnehmer ist über die Jahre geschrumpft. Überwiegend sind es Angehörige bzw. Überlebende, inzwischen deren Nachfahren. Die Träger sind unverändert Vertreter lokaler Vereinigungen und Parteien sowie von (Kommunal-)Behörden.

Kriegstote und „Gefallene“ in der Bundesrepublik: Lokales

Bis zur Einweihung der umgestellten „Neuen Wache“ in Berlin im November 1993 gab es in der alten Bundesrepublik keine „zentrale“ Gedenkstätte. Lokale Gedenkplätze und Gedenkstätten fanden sich hingegen in beinahe jeder Gemeinde. Zum Beispiel Göttingen, eine mittelgroße Universitätsstadt, protestantisch geprägt: Zu den Denkmälern für Kriege seit dem 19. Jahrhundert gehört ein neugotisches Gedenkzeichen, vor dem Wall und gegenüber dem Bahnhof, das an die Toten des verlorenen Kampfes gegen die Preußen 1866 bei Langensalza erinnert. Es zählt dazu aber auch ein Gedenkstein, der die „glorreichen Siege“ des Krieges gegen Frankreich 1870/71 feiert. In den 1950er Jahren entfernte die Kommune von diesem Stein den großen Adler, der ihn krönte, und überstellte diesen Vogel dem städtischen Bauhof zur Aufbewahrung. In den späten 1980ern wurde dieser Adler aber wieder präsentiert – freilich jetzt nicht mehr in der Öffentlichkeit, sondern in sicherer physischer Distanz zu Kritik oder Graffiti-sprayern. Die städtischen Behörden hatten eine Einladung des lokalen Militärs angenommen und den Adler auf dem Gelände der örtlichen „Zieten“-Kaserne der Bundeswehr aufgestellt.¹⁶

Ein anderer Gedenkstein in Göttingen trug für Jahrzehnte den kaiserlichen Adler, der widerspenstige Untertanen zur Ordnung zwang. Gemeint war die Niederschlagung des Hereroaufstandes 1904 in Namibia, der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Angehörige des in Göttingen stationierten Infanterie-Regiments Nr. 82 stifteten 1910 die Gedenktafel zur Würdigung von vier Angehörigen des Regiments, die den Einsatz nicht überlebt hatten; aus einer Bürgerspense kam wenig später der Bronze-Adler hinzu. Zur großen Empörung mancher guter Bürger wurde dieses eiserne Tier im April 1978 gestohlen. Immer wieder ist zu hören, „Studenten“ oder die „radikalen Linken“ seien verantwortlich. Der Fuß des Denkmals ist seither verwaist.¹⁷

Eines dieser Denkmale hat ganz besondere öffentliche Aufmerksamkeit gefunden. Es ist ein Gedenk-Ensemble: der Gedenkstein in Form eines Stein-Soldaten, der von der Vereinigung der Überlebenden des eben erwähnten Infanterie-Regimentes Nr. 82 im August 1925 den „gefallenen Helden“ von 1914–18 geweiht worden war. Dieser Stein war 1953 in einen kleinen Park, den „Rosengarten“, verlegt und hier vor einer weitläufig gemauerten Umfassung erhöht aufgestellt worden. Dem Sockel war ein Hinweis auf die „gefallenen Soldaten“ des Regiments hinzugefügt worden. In die Umfassungsmauer hatte man Gedenktafeln an mehrere ostpreußische Divisionen eingelassen.¹⁸

Hier, im „Rosengarten“, wurde bis 1990 jedes Jahr die lokale Feier zum Volkstrauertag veranstaltet. Bis 1988 gehörte eine uniformierte und bewaffnete Abordnung der Bundeswehr-

Garnison dazu, ferner Vertreter von Land und Stadt sowie von zahlreichen Landsmannschaften. Konflikte begleiteten das „Ehrenmal“ jedoch beinahe von Anfang an: Der Stein-Soldat wurde 1959 umgerissen, erneut 1980 sowie 1987 und (mit erheblichen Beschädigungen) 1988. Seit Mitte der 1980er Jahre haben jedes Jahr zumindest mehrere Dutzend Menschen versucht, die Feiern zu stören oder gar zu verhindern. Aber Polizei war gegenwärtig und hat auch mehrfach vorbeugend abgesperrt. Die Kritiker der Veranstaltung forderten, ebenfalls den Deserteuren einen Gedenkstein zu setzen, also denen, die sich weigerten, in der Wehrmacht zu dienen und zu kämpfen, die sich also dem Zwang entzogen, den deutschen Faschismus zu unterstützen.

Diese Forderungen blieben nicht ohne Erfolg: Am 1. September 1990 wurde in Göttingen, als erster Stadt in der alten Bundesrepublik, von Offiziellen der Stadt ein Gedenkstein für die Deserteure des Zweiten Weltkrieges eingeweiht. Der Göttinger Oberbürgermeister, der Sozialdemokrat Arthur Levi – er hatte im britischen Exil überlebt – enthüllte eine Granittafel am städtischen Amtshaus. Die 1,5 Quadratmeter große Tafel zeigt auf ihrer Oberfläche ein zerbrochenes, in den Boden getretenes Hakenkreuz; über ihm liegt ein Kirschzweig, darunter ein Zitat aus Alfred Andersch' „Kirschen der Freiheit“ (Andersch selbst war desertiert): „Nicht aus Furcht vor dem Tode, sondern aus dem Willen zu leben!“¹⁹

Die heftigen Auseinandersetzungen über die Berechtigung öffentlicher oder gar offizieller Anerkennungen für Desertion wurden bei der Einweihungszeremonie selbst deutlich: Was zunächst als eine einzige Gedenkfeier erschien, waren in Wirklichkeit deren zwei. Die meisten der zwei oder drei Dutzend Menschen, die das Publikum bildeten, blieben nach Ende der Einweihung durch den Oberbürgermeister stehen. Nun folgten einige Sätze des Bildhauers sowie eine Ansprache eines Vertreters der „Bundeswehrreservisten, die den Kriegsdienst verweigern“. Dieser zweite Teil der Versammlung wurde vom lokalen DGB unterstützt – nur hier wurde die Frage nach der Aktualität der Desertion und das Problem der Kontinuität oder Diskontinuität zwischen dem Kriegsdienst in der Nazizeit und dem Militärdienst in der Bundesrepublik zum Thema gemacht.

Erkundungen im April 1989

Ich habe es eingangs erwähnt: Ausgangspunkt für diese Notizen war eine mehrtägige Reise, deren Zweck es war, Begräbnisplätze deutscher Soldaten zu erkunden – Soldaten, die in den letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges im Berliner Umland gestorben bzw. getötet worden waren. Wir waren zu dritt gefahren. Keinen der beiden ostdeutschen Kollegen hatte ich vorher persönlich gekannt. Der eine war ehemaliger NVA-Offizier und 1989 tätig als Historiker an einem Regionalmuseum; der andere Kulturwissenschaftler an der Humboldt-Universität in (Ost-)Berlin. Die beiden hatten die Orte ausgewählt und die Route festgelegt, sie auch mit örtlichen Parteileitungen und Staatsfunktionären abgestimmt.²⁰

Die Reiseroute folgte den Kämpfen im April 1945, vor allem im Nordosten von Berlin. Nach dem Besuch auf einem Friedhof in Templin, ca. 40 Kilometer nördlich von Berlin – auf dem Bombenkriegstote begraben waren – kamen wir in ein Dorf ca. 1 Kilometer nordöstlich. Die beiden zeigten mir ein einzelnes Grab, das einen relativ großen Bauerngarten optisch beherrschte. Es war wohl gepflegt; der große Stein war von der belebten Straße aus gut zu sehen. Eingemeißelt war: „Der Erinnerung an unseren geliebten Sohn“. Der eine der beiden Führer erläuterte, daß im März 1945 die Bewohner ihren eigenen Sohn unter den Leichen toter Soldaten, die in der Nähe des Hauses lagen, gefunden hatten.

Einige Kilometer weiter, in einem Dorf südlich von Garz, direkt am linken Oderufer, trafen wir eine Frau, die sich um die Gräber von 23 Soldaten kümmerte, die im März 1945 getötet worden waren. Das war die Periode, in der die Rote Armee ihre Vorbereitungen traf, um den Flußübergang zu forcieren: Kanonaden und Luftangriffe auf die deutschen Stellungen am und hinter dem Oderufer prägten hier die Aktionen. Die Frau erzählte uns, daß die Bewohner des Dorfes Leichen zusammengetragen hatten, als sie aus den Wäldern zurückgekehrt waren, also nachdem die Rote Armee den Übergang erzwungen und die deutschen Truppen geschlagen bzw. vertrieben hatte, Ende April 1945. Diese Frau gehörte auch damals zu den Dorfbewohnern, seinerzeit ungefähr 20 Jahre alt. Die Dorfbewohner wußten (und sie hatten es mal dem ehemaligen NVA-Offizier erzählt), daß sie einen der Soldaten, der getötet war, gekannt hatte – „und vielleicht war sie in ihn verliebt gewesen?“ Über die Jahre hin hatte sich die Frau um die Gräber gekümmert; sie hatte durchgesetzt, daß neben den Grabstein für ihren Bekannten auf 22 weiteren Gräbern entsprechende Steine gesetzt worden waren. Seit dem Sommer 1945 hatte sie ganz offenbar ihre Energie dareingesetzt, dem sandigen Grund einen „angemessenen“ Friedhof abzutrotzen.

Wenige Kilometer südlich beherrschte ein mittelgroßer Findling den langgestreckten Dorfanger von Zichow. Zur Straße hin war eine schwarze Steintafel, seitlich auf den Stein montiert, deutlich zu lesen. In goldenen Lettern hieß es: „Die Toten mahnen“. Vor diesem Findling war im Gras ein kleinerer Stein zu erkennen. Seine verwitterte Inschrift nannte die Jahre 1914–18 und ein beinahe unlesbarer Text gab Namen von Toten dieses Krieges. Menschen aus dem Dorf konnten keine weitere Erklärung geben. Aber eine ältere Frau, die mir von einem meiner beiden Begleiter genannt worden war, sagte mir, daß in den 1920er Jahren der große Findling von einer Serie kleiner Steine umgeben gewesen sei, und alle hätten Namen toter Soldaten des Dorfes gezeigt. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe man die kleineren Steine weggenommen. Von einem meiner beiden Reisegefährten hörte ich außerdem, daß bis 1945 die Steinplatte eine andere Aufschrift gezeigt habe – sie war aber nicht entfernt, sondern einfach herumgedreht worden. Als ich die Frau, mit der ich über die kleinen Steine gesprochen hatte, auch danach fragte, zuckte sie mit den Schultern. Davon hatte sie bisher nichts gehört.

Erneut Ortswechsel: Ein kleines Dorf südlich der Stadt Prenzlau. Hier gab es nur ein Grab, das in der Nähe der Kirche lag. Als wir uns zu Fuß näherten, öffnete eine alte Frau die Tür eines Hauses in der Nähe. Sie eilte herbei, offenbar beunruhigt, aber als sie den einen der beiden meiner Begleiter, den ehemaligen NVA-Offizier, erkannte, gab sie Zeichen, daß alles in Ordnung sei. Ohne Umschweife wandte sie sich mir zu: „Hier sind vier unbekannte deutsche Soldaten im April 1945 begraben worden. Ich habe zwei Söhne an der Ostfront während des Krieges verloren, und ich muß und will mich jetzt um dieses Grab kümmern. Ich bin sicher, daß jemand dasselbe für meine Söhne in Rußland getan hat.“ Ohne Pause wandte sie sich ab und dem Grab zu. Sie klagte kopfschüttelnd und ärgerlich: „Die jungen Leute sitzen auf dem Zaun, den ich um das Grab gezogen habe; und dann schmeißen sie ihre Zigarrettenstummel auf das Grab und reißen die Blumen ab!“ Ärger machten aber auch Tiere, vor allem Kaninchen, die sich zu ihrem großen Verdruß an den Blumen labten. Deshalb hatte sie einen Drahtzaun hinter das Metallgitter gespannt; er machte es den Kaninchen unmöglich, weiterhin an die Blumen zu kommen.

Der Mitarbeiter des Museums für Regionalgeschichte in Neubrandenburg zeigte mir immer wieder Gräber bzw. Plätze, an denen Leichen gefunden und geborgen worden waren. Bei den Gräbern betonte er – der ehemalige NVA-Offizier – immer wieder, noch bis vor wenigen Jahren habe man Stahlhelme auf diesen Gräbern oder auf Kreuzen, die auf den Grä-

bern standen, gefunden. „Aber nun sind sie fast alle verschwunden.“ An mehreren Plätzen fanden wir freilich noch solche Helme, wobei sie zum Teil von Blumen oder Unkraut fast völlig überwuchert waren.

Ich fragte ihn während unserer Fahrt, wie sich denn das „Kriegsgräberwesen“, d. h. die Pflege von Soldatenfriedhöfen wie einzelner Gräber deutscher Soldaten, aber auch die Regeln für Gedenksteine entwickelt hatten. Er hatte in der Tat seit Jahren versucht, die verfügbaren Informationen zusammenzustellen. Er betonte, daß im Sommer 1945 alles bei den sowjetischen Kommandostellen lag. Sie befahlen deutschen Zivilisten und den neu eingesetzten Bürgermeistern, die Leichen zu bergen und zu begraben. Der ehemalige Offizier erwähnte, die Deutschen, die das Bergen und Umbetten der Leichen zu besorgen hatten, erschienen in den Erinnerungen der Dorfbewohner in der Regel als Leichenfledderer. Vor allem Militärärzte drängten zur Eile – die Leichen zersetzten sich rasch in dem heißen Sommerwetter; Seuchen konnten aufkommen und sich verbreiten. Seit Ende 1945 wären dann für die ersten Jahre die Dorfpfarrer entscheidend geworden und geblieben. Sie kümmerten sich um das Suchen und Sammeln der Leichen in den Äckern, Wiesen und Wäldern.

In einem dieser Waldgebiete, 20 oder 30 Kilometer nördlich von Halbe, so erinnerte sich 1989 eine damals Zehnjährige, habe der Dorfpfarrer jedem eine Mark gegeben, der einen bisher unbekanntem Begräbnisplatz nennen konnte. Sie und andere Gleichaltrige hätten solche Gräber sehr gerne gepflegt – mit Leidenschaft, wie sie betonte. Als 1949 und 50 die staatlichen Behörden und die Kirche die Leichen systematisch nach Halbe umbetteten, verloren die Kinder – so die nachdrückliche Erinnerung – „ihre“ Gräber. Dort hatten sie die Dinge so einrichten können, wie es ihnen gefiel: Sie stellten Blumen hin, pflanzten Blumen und Büsche, jäteten Unkraut. Sie kümmerten sich um dieses Fleckchen Erde. Und es waren solche Aktivitäten, die von den Erwachsenen mit Beifall bedacht wurden. Die Gräber bzw. ihre Pflege gewährten den Kindern Anerkennung; gleichzeitig war es ein Raum „für sie selbst“.

Regelungen in SBZ und DDR

Deutsche Behörden engagierten sich in diesen Fragen zunehmend seit 1947 oder 48 (so mein Gewährsmann). Zur Errichtung der deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Zone (ab 1946/47) gehörte auch, die Gräber der Kriegstoten zu registrieren; dies war Teil der Politik, eine geordnete Verwaltung herzustellen. Unklar war jedoch, ob die Deutsche Verwaltung des Innern, die Vorgängerin des Innenministeriums der DDR, eine Zentralkartei eingerichtet hatte. Aber zumindest auf der mittleren Ebene der Verwaltungshierarchie waren die Innenministerien der Länder (bis 1952) und dann die Räte der Bezirke bzw. deren Abteilungen für Inneres bemüht, alle verfügbaren Informationen ihres Zuständigkeitsbereiches in Karteien zusammenzufassen.

Danach geschah lange nichts mehr.²¹ Erst um 1970 kam wieder Bewegung in die Sache. In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren bemühte sich die DDR nachdrücklich um ihre internationale Anerkennung. Eine der zahlreichen Folgen war nach den vier Genfer Abkommen vom 12. August 1949²² die dauerhafte Sicherung, Markierung und die Zugänglichkeit von Soldaten- und Kriegsgräbern. Deshalb wurden alle Informationen über Soldatengräber karteimäßig erfaßt.²³

Parallel regelte der Ministerrat der DDR die Sorgepflicht für diese Grabplätze auf der lokalen Ebene. Wie wir in einem anderen Dorf hörten, bedeutete das, daß ein Betrag zwischen

100,- und 200,- Mark jährlich gezahlt wurde, und zwar an die Personen, die sich konkret um die vier, sechs oder vielleicht – wie in einem der Dörfer – 23 Gräber in dem jeweiligen Ort oder auf seinem Friedhof kümmerten. Das Geld sollte vor allem für Blumen und Kränze verwendet werden.

Eine Erinnerung: Oderbruch 1985

Mehrere Jahre zuvor hatte ich bereits ein Dorf in der Nähe besucht: Im Juni 1985 war ich in Kunersdorf gewesen, am linken Oderufer, ungefähr 50 Kilometer südlich der Gegend, in der wir uns 1989 bewegten. Dieses war der Geländestreifen, in dem die Rote Armee ihre letzte große Offensive im April 1945 zur Einkesselung und Erstürmung Berlins über die Oder vorgetragen hatte. Der Direktor des Heimatmuseums in einem nahegelegenen Städtchen, der meine Gastgeber und mich an einem Sonntagvormittag herumgeführt hatte, hatte die Schätzungen genannt – mindestens 20 000 Soldaten und Angehörige des „Volkssturms“ seien in diesen Tagen umgekommen. Aber nur ungefähr 1 500 würden in den Registern genannt, nur von ihnen gab es Gräber. Der Museumsdirektor fügte hinzu, daß der Besitzer des in der Nähe liegenden Gutes Friedland im März 1945 einen Friedhof auf einem Hügel angelegt habe. Hier seien auch mehrere Dutzend Leichen der Kämpfe vom April begraben worden (der Friedhof selbst war zunächst für die Opfer der Beschießungen gedacht, die in den Stellungskämpfen im Februar und vor allem März zu beklagen gewesen waren).

Aus diesen Zahlenangaben folgte, daß annähernd 20 000 Leichen entweder gar nicht oder ohne weitere Registrierung bestattet waren. Auch in den 1980er Jahren, so der Museumsdirektor, stolperte man immer wieder über Knochen. Und während unserer Fahrt im April 1989 erinnerte sich der ehemalige NVA-Offizier, er habe kürzlich beim Pilzesuchen in einem dieser Wälder nach einem Ast gegriffen, den er am Boden sah – erst als er ihn in der Hand hielt, habe er gemerkt, daß es ein Knochen war. – Die übergroße Zahl der nichtbestatteten Leichen war aber nicht nur in Zahlen gegenwärtig. Der Museumsdirektor berichtete von Gesprächen der Bewohner der Gegend, die immer wieder – im Wortsinn – über Knochen stolperten, in den Wäldern, beim Ackern: Was würde denn geschehen, wenn die Toten nicht angemessen zur letzten Ruhe bestattet würden?

Bei der Fahrt ins Oderbruch vom Sommer 1985 erwähnte der Museumsdirektor die „Erinnerung an ‚45““. Er betonte, daß in diesen Erinnerungen an die Kämpfe vom März und April 1945 immer wieder ein Verbot der sowjetischen Sieger auftauche, Grabsteine oder Namensschilder an den Gräbern anzubringen, in denen deutsche Soldaten begraben waren. Zugleich verwies man auf die Gräber der Soldaten der Roten Armee und ihrer Verbündeten: Es wären Massengräber, aber im Oderbruch wie anderswo gehöre zu jeder Grabstätte ein Gedenkstein, ein Erinnerungszeichen. Es nagte weiterhin an den Überlebenden, machte wohl auch den Nachkommen Beschwer, daß die neuen Machthaber dem Gedenken an – der Trauer um die „eigenen Leute“, um die toten Deutschen, jeden Ort versagt hatten. Der Museumsdirektor verwies darauf, daß 1983 oder 1984, bei den Vorbereitungen für die Feiern zum 40. Jahrestag der „Befreiung vom Faschismus“, die Bezirksverwaltung der SED und lokale Funktionäre ein regionales Projekt zur Dokumentation der Erinnerungen vor Ort möglich gemacht bzw. ihm zugestimmt hatten. Menschen aus der Gegend seien nach ihren Erinnerungen an das Frühjahr 1945 befragt worden. Höchst Widersprüchliches sei zur Sprache gekommen: die Ängste von „damals“, aber auch die Hoffnungen und der Wille zu überleben – aber auch, wie nachdrücklich Männer und mehr noch Frauen alles daran gesetzt hatten, nicht zu Opfern der Befreier zu werden.²⁴ Unmittelbar nach

dem Gedenktag am 9. Mai 1985 hätte die SED die Sache jedoch für beendet erklärt: Nun gäbe es keinen Bedarf mehr. Erinnerungen an den April und Mai 1945 ebenso wie Reflexionen über die eigene Vergangenheit gehörten offenbar nicht zum Plan, wie die „kulturellen Aktivitäten“ auf Dauer „allseitig“ entwickelt werden könnten.

Der Museumsdirektor erzählte dies, während wir den im März 1945 angelegten Friedhof auf der Anhöhe oberhalb Kunersdorf aufsuchten. Er war nicht verfallen, aber auch nicht in allzu gutem Zustand. Blickfang war in der Mitte ein vielleicht fünf Meter hohes Holzkreuz, am Fuß trug eine Steinplakette die Aufschrift: „199 deutsche Soldaten gefallen 1945“. In der Nähe des Eingangs war eine kleine schwarze Tafel vor einem Erdhügel sichtbar: „95 unbekannte deutsche Soldaten gefallen bei Kunersdorf 1945“; weitere Gräber trugen Namen. – Wir fuhren dann wieder zwei oder drei Kilometer hinunter, zu einem Friedhof ganz in der Nähe von Kunersdorf. Es war ein kleiner, aber überaus wohlgepflegter Ort. Jede Pflanze schien an ihrem Platz, keinerlei Unkraut war zu sehen – nach Auskunft des Museumsdirektors wurde dieser Friedhof privat unterhalten und finanziert. Er gehörte zum früheren Gut Friedland und umfaßte nur 10 Gräber. Das erste Grab war aus dem 18. Jahrhundert, das letzte vom August 1914, aus den ersten Kriegstagen des Ersten Weltkrieges. Diese – besonders schlichte – Grabstätte war die eines Leutnants von Oppen, Angehöriger des 1. Garderegiments zu Fuß, des ‚vornehmsten‘ preußischen Garderegimentes. Das schmale Holzkreuz zeigte über dem Namen mit der Rangbezeichnung ein aufgemaltes Eisernes Kreuz und darüber: „Hier ruhet in Gott“; unterhalb des Namens war das Datum der Verwundung und einen Tag später das des Todes aufgebracht – die Schrift nicht in einer der sonst gebräuchlichen Antiqua-Varianten, sondern in jener Fraktur, die seit der Weimarer Republik Signal der politischen Rechten geworden ist.

Der Kontrast konnte stärker nicht sein. In den Wiesen, auf den Äckern der Umgebung Hunderte, wenn nicht Tausende von Leichen, die nie identifiziert, von denen nur die wenigsten bestattet worden waren. Hier hingegen der demonstrative Verweis auf einen, bei dem der Kriegstod Erfüllung irdischer Pflicht und religiösen Glauben zu verbinden schien, vielleicht sogar mit bewußter Parteinahme für einen imperialen, in der Anlage wie den Folgen imperialistischen Krieg – so die Anmutung des Zeichens. Die schweigende und verschwiegene Erinnerung an die unbestatteten Leichen blieb freilich – zumal an einem solchen schönen Sonnentag und in diesen Feldern und Wiesen – zugedeckt. Nur wenn Ortskundige aus den Erinnerungen erzählten, wurde diese zweite Schicht dieser Landschaft erkennbar.

Erinnerungsstätten: die Toten der Roten Armee

Nur wenige Kilometer südlich liegt am überhöhten Oderufer die kleine Stadt Seelow. Wenn man sich vom Fluß her die Uferböschung hinaufbewegt, wird ein die Landschaft optisch beherrschendes Standbild besser erkennbar: ein Rotarmist in voller Montur. Wenn man dicht herankommt, zeigt er sich als eine überlebensgroße Steinfigur (die Statue mißt 8 Meter in der Höhe).

Die Gedenkstätte in Seelow, die nicht nur die Statue, sondern auch einen Friedhof sowie ein Museum umfaßt, soll an den Beginn des sowjetischen Angriffs auf Berlin am 16. April 1945 erinnern – der „letzten Schlacht“ dieses Krieges. Die Rote Armee hatte hier beim Zernieren des Flusses immense Verluste erlitten, mindestens 33 000 Soldaten waren getötet worden. Die Gedenkstätte wurde bereits am 27. November 1945 eingeweiht. Das Standbild war von Marschall Schukowin Auftrag gegeben, dem Befehlshaber der Armeen, die Berlin einschlossen und einnahmen. Zum 50. Jubiläum der Gründung der UdSSR 1972

wurde die Gedenkstätte umgestaltet und renoviert – damals fügte man das Museum hinzu und stellte Geschütze und Panzer im Freien auf. 1985, aus Anlaß des 40. Jubiläums des Angriffs auf Berlin, wurde die Ausstellung erweitert, vor allem um eine Rekonstruktion von Schukows Kommandobunker von 1945.²⁵

Der Museumskollege und ich besuchten die Gedenkstätte im September 1990 – vor der Vereinigung, am Ende eines kalten Nachmittags. Sie war leer; aber ein offenbar ganz frischer Kranz zeigte, daß noch vor kurzem Besucher dagewesen sein mußten. Die meisten Blumenkränze trugen russische Schleifen. Aber wir sahen auch Kränze oder Gebinde mit deutschen und polnischen Inschriften. Die Gedenkstätte erinnerte in der ganzen Anlage wie in den Einzelheiten an die für die Opfer von Konzentrationslagern, z. B. in Ravensbrück. Sie unterschied sich in jedem Fall sehr von dem Friedhof in Halbe. Nicht zuletzt sprachen die Blumengebinde eine andere Sprache. Waren es in Halbe Blumen von Betrieben oder Schulen aus der Nähe, so stammten die Gebinde mit deutschsprachigen Schleifen in Seelow – aber z. B. auch in Ravensbrück – von Parteigruppen der SED oder Gruppierungen der Jugendorganisation FDJ oder anderen offiziellen Einrichtungen bzw. Organisationen, aus allen Regionen der DDR.²⁶

Die Gedenkstätte und die Statue in Seelow ist nur eine von mehreren demonstrativen Erinnerungsorten an die Toten der Roten Armee in und um Berlin.²⁷ Die getöteten Soldaten der Roten Armee, die an Zahl die der toten deutschen Zivilisten und Soldaten wohl überstiegen, wurden in Massengräbern beigesetzt. Die einzelnen waren nur noch indirekt präsent, in der summierenden Zahl aller, die beigesetzt waren. Ähnlich wie in Seelow waren die Grabstätten optisch jedoch von einem aufragenden Steinmonument oder einer Stele – russisch „Kurgan“ – dominiert. Die „Kurgans“ waren und sind zum Teil weiterhin aus großer Entfernung sichtbar. Sie prägen und verändern das visuelle Feld. Ihre Präsenz ist für die, die in der Umgebung tätig sind, aber auch für regelmäßige oder gelegentliche Passanten unübersehbar.

Überwiegend wurden Feldsteine verwendet. Nur an wenigen zentralen Orten nahm man rötlichen Marmor. Die meisten dieser Monumente wurden in den ersten Monaten nach dem Sieg errichtet. Die Texte feiern die „Helden des großen patriotischen Krieges“; sie rühmen Kampfesmut und Unerbittlichkeit der Toten – darin gründe ihr „ewiger Ruhm“. – Gräber, die einzelne Namen und präzise Daten tragen, sind wohl nur für Tote der Besatzungsarmee, also in den Jahren nach 1945 angelegt worden. Auf diesen Grabsteinen sind nicht nur die Namen und Daten eingraviert; man hat auch emaillierte Plaketten angebracht, die Brustbilder der Toten zeigen.

Während unserer Fahrt im April 1989 erwähnten meine beiden Begleiter mehrfach einen „russischen Brauch“, wie man Tote bestatte. Sie waren sich „ganz sicher“, räumten aber zugleich ein, daß sie keine eindeutige Bestätigung hatten, daß „in Rußland“ Massengräber üblich seien. „Und ist es nicht so, daß sich die Russen nichts weiter aus Individuen machen?“, so die offenbar rhetorisch gemeinte Frage einer der beiden. Die beiden, aber auch die Bewohner der Gegend, die wir besuchten, hatten ganz offensichtlich eine andere Vorstellung davon, was ein angemessenes Grab von Kriegstoten sein sollte. Tote Soldaten wie Zivilisten, überhaupt die „Gefallenen“ eines Krieges, waren mit Namen und Kreuz zu markieren, und bei Soldaten sollte ein Stahlhelm auf dem Gedenkstein bzw. Gedenkkreuz platziert werden.²⁸

Die sowjetischen Befehlshaber hatten ihre Truppen angewiesen, nur eigene Tote zu begraben. In dem Dorf Wartin, ca. 150 Kilometer nordöstlich von Berlin, hatte der ehemalige

NVA-Offizier von anderen Bewohnern über ein gemeinsames Massengrab unterhalb eines Kurgans am Rande des Dorfes gehört. Demnach wären dort deutsche und sowjetische Tote gemeinsam bestattet worden. Als ich 1990 erneut dorthin kam, fand ich Gräber von deutschen Kriegstoten auf dem Dorffriedhof. Sie waren genauso gut gehalten und gepflegt, wie alle anderen auf diesen Friedhof. Auf der kleinen Höhe, auf der der Kurgan am Dorfrand stand, fanden sich jedoch nicht mehr die Blumen und Kränze, die im April 1989 dort gelegen hatten. Die ganze Anlage sah völlig vernachlässigt aus.²⁹ Eine ältere Frau aus einem Bauernhaus, das am Weg zum Kurgan-Hügels stand, sagte mir, als ich zurückging: „Für so etwas gibt es jetzt kein Geld mehr!“ Als ich nach dem gemeinsamen Massengrab fragte, zuckte sie nur ihre Schultern. Hatte man zumindest die Deutschen wieder neu bestattet? Oder war das Ganze nur ein Gerücht gewesen? Ich wagte nicht noch einmal nachzufragen.

Motive

Der ehemalige NVA-Offizier war im April 1989 der einzige derer, mit denen ich über Kriegstote und Kriegsgräber sprach, der die ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen erwähnte. Zwischen 1941 und 1945 sind bekanntlich mehr als 3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene in den deutschen Kriegsgefangenenlagern verhungert, genauer: die deutsche Wehrmacht hat sie gezielt verhungern lassen.³⁰ Diese Toten waren in Massengräbern begraben worden. Namen oder weitere Gedenksteine oder Gedenkzeichen waren nicht auf Dauer festgehalten bzw. in irgendeiner sichtbaren Form bewahrt worden.

Mein Gesprächspartner erwähnte eher beiläufig, daß er von den DDR-Behörden – in einer eigenen Initiative – einen angemessenen Friedhof oder zumindest einen Gedenkstein für jene toten sowjetischen Kriegsgefangenen gefordert hatte, die auf einem Platz in der Nähe Neubrandenburgs beigesetzt waren. Aber dabei war er auf große Schwierigkeiten gestoßen: Das Gelände war staatlich und gehörte nun zu einer größeren Anlage der NVA. Die Armee hatte ihn dahingehend beschieden, daß jede Art von Gedenkstätte oder Gedenkzeichen den militärischen Dienstbetrieb stören würde; er sollte alle weiteren Anträge und Versuche unterlassen.³¹

Ich fragte zurück: „Warum kümmern Sie sich so um die Grabstätten, warum suchen Sie danach? Und warum wollen Sie mit denen in Kontakt kommen, die sich um Gräber kümmern?“ Er wandte sich zu mir: „Nun, ich war aktiver Offizier. Und für mich stellte sich die Frage, und man kann ihr nicht ausweichen, wenn man den Offiziersberuf ernst nimmt: Was würde geschehen, wenn Krieg wäre? Und für mich war immer ganz besonders wichtig, daß ich richtig begraben werden wollte. Und wenn ich das möchte, und wenn ich das Elend all derer bedenke, die an den Fronten waren und verreckt sind, dann fühle ich mich diesen armen Menschen sehr nahe, die litten und getötet wurden, und das insbesondere in den allerletzten Tagen dieses blutigen Krieges.“

Konturen I: Widersprüche

Diese Einzelbeobachtungen und Vignetten erlauben keine allgemeine Schlußfolgerung. Vielmehr zeigen sich Konturen eines vielfältig gebrochenen Bildes.

1. Zeremonien wie Rhetorik des Gedenkens in West- wie Ostdeutschland ähnelten sich. In der DDR galten als Haupttriebkraft für den Krieg, für Massen- und Völkermord ein übergreifender historischer Prozeß „hinter dem Rücken der Menschen“ – die Akkumulationsdynamik

mik des Kapitalismus.³² Hinweise auf Individuen gaben dem nur anekdotische oder polemische Schärfe. Fragen nach sozialen Gruppen oder gar nach (Mit-)Täterschaft der Vielen blieben hier rigoroser und noch dauerhafter ausgeblendet als in der Bundesrepublik. Denn Texte wie Redner wurden nicht müde zu betonen, wie unerbittlich in der DDR der „Faschismus... mit allen seinen Wurzeln“ nach 1945 ausgeradiert worden sei. Zum Beleg wurde auf die Enteignung von Großgrundbesitzern und Industriellen, insbesondere von aktiven Nazis verwiesen, aber auch auf die Entlassung aller Beamten, die der NSDAP angehört hatten.³³

In der alten Bundesrepublik unterschieden sich Rhetorik wie Zeremonien. Sie zeigten jedoch spiegelbildlich denselben Duktus. Zunächst erschienen Hitler und eine kleine Schar großer Schurken als allein schuldig. Später sahen die meisten die Gründe für Terror und Manipulation, für Krieg und Mord in der anonymen Motorik entfesselter Herrschaftsapparate. Für Jahrzehnte dominierten diese Lesarten. Dabei wurde aber Mittäterschaft übersehen - das millionenfache Wegsehen und Hinnehmen wenn nicht Unterstützen, das die große Mehrheit der „Reichsdeutschen“ im Faschismus, aber auch bei Ausbeutungskriegen und Völkermord, praktizierte: Die Vielen ließen es geschehen. Zahllose halfen mit, waren nicht selten höchst bereitwillig dabei, Ausbeutung und Unterdrückung nicht nur durchzusetzen, sondern immer wieder zu verlängern.

Im Westen wurde der Konsens des ignorierenden Schweigens seit den späten 1970er Jahren in Frage gestellt. Erinnerungsprojekte und Alltagsgeschichte zeigten, daß „die Faschisten“ Hunderttausende von Frauen und Männern gewesen waren, die nachdrücklich und häufig mit Enthusiasmus ihre jeweilige Tätigkeit „als Nazis“ betrieben hatten. Lokal-Studien zeigten, daß es Nachbarn gewesen waren, die „jüdische“ Geschäfte boykottierten, die Juden auswichen, sie aber auch beschimpften, die bei Steinwürfen wegsahen oder gar applaudierten, die „Fremdarbeiter“ schroff behandelten, vielleicht schlugen, die sich in ähnlicher Weise gegen Zwangsarbeiter oder KZ-Häftlinge verhielten, die „Unbotmäßigkeiten“ an Vorgesetzte und Behörden meldeten.

Die offiziellen Lesarten in den beiden deutschen Staaten betonten bzw. beschwiegen je spezifische Dimensionen. Im Westen standen Leiden und Tod von Deutschen an den Fronten „draußen“ wie „in der Heimat“ im Vordergrund. Die DDR konzentrierte sich auf die Leiden der Opfer der deutschen Kriegsführung. Zugleich stellte man sich in den Gedenkzeremonien auf die Seite der militärischen Sieger und feierte den „Sozialismus“ seine Bedingung, auch als eigene Leistung. Hier wie dort war die zentrale Gemeinsamkeit - das Verhalten der „normalen Deutschen“ - kein Thema. Unbeachtet blieb, daß die, die den deutschen Faschismus möglich gemacht hatten, die ihn trugen und zum „Nazismus“ werden ließen, keine Opfer, sondern Mit-Akteure waren, in den Ausrottungskriegen wie bei der Shoah.

2. Öffentliches Gedenken provoziert Protest, verdeckt aber zugleich Formen alternativen Erinnerns.

Zumal die Gedenkveranstaltungen am „Volkstrauertag“ haben - in der Bundesrepublik - immer wieder Proteste ausgelöst. Dazu gehörten seit den 1980er Jahren auch Forderungen, endlich der Deserteure zu gedenken, also derer, die sich entzogen oder die verweigert hatten, und die immer wieder aus dem öffentlichen Gedächtnis verdrängt wurden.

Die Schaustellungen des Militärs selbst sind von Widersprüchen durchzogen. Die konkreten Formen unterschieden sich in Ost und West. Aber das feierliche Auftreten von Soldaten und militärischen Einheiten in der Öffentlichkeit verwies stets auf eine allgemeine militäri-

sehe Ordnung und damit, zumindest indirekt, auf die Zielsetzung des Militärs, Tod anzudrohen und tatsächlich zu töten. Genau dies aber wird immer wieder ausdrücklich in den Reden verurteilt, die die Zeremonien begleiten. Oder anders: Je militärischer das Militär auftritt, desto mehr widerlegt diese Präsenz die erklärte Absicht, mit der es auftritt. Propere Uniformen und exakte Marschordnung zeigen, daß es die Soldaten ernst meinen; die Formensprache verweist aber auch auf die Verantwortung „des Staates“ insgesamt. Das Paradeieren, zumal der Stehschritt (wie er mit ausdrücklichem Verweis auf preußisch-deutsche Tradition von der NVA gepflegt wurde!) steht aber zugleich für millionenfache Mißhandlungen - von Soldaten selbst wie von Dritten.

3. Individuelle Bedürfnisse und öffentliche Rituale - das Öffentliche innerhalb des Privaten. Öffentliches Gedenken vermag - wörtlich wie indirekt - Raum zu gewähren, eigene Bedürfnisse zu artikulieren und zu befriedigen. Hier wäre zu denken an die Frau, die die 23 Toten auf einem Friedhof versammelte, einschließlich des einen, den sie vielleicht geliebt hat. Zu denken wäre aber auch an den ehemaligen NVA-Offizier. Für ihn waren die Ängste vor dem eigenen Tod, zugleich der Schrecken im Umgang mit dem Tod anderer, nicht nur abstrakt gegenwärtig: Er hatte selbst Leichen geborgen und umgebettet; als Soldat sah er sich dabei mit dem möglichen eigenen Schicksal konfrontiert. Die Sorge um angemessene Gräber, also auch um Gedenkzeichen und Gedenkstätten, trieb ihn um. Er konnte diese Sorge freilich bearbeiten, zumal dadurch, daß er sich unermüdlich für Grabstätten und diejenigen, die sich darum kümmerten, einsetzte.

Öffentliches Gedenken kann das ermöglichen oder unterstützen, was einzelne von sich aus nicht immer vermögen: Geld aus Staats- oder Kommunalkassen macht es möglich, Blumen aufzustellen, erlaubt regelmäßige Pflege. Zu denken ist auch an die Garantie der unbegrenzten Dauer - denn die Ruhestätten der toten Soldaten sind nach den Genfer Konventionen „auf ewig“ zu gewährleisten: Wäre die Frau, die das Grab gegen die Kaninchen sicherte, gestorben, hätten Staat bzw. Kommune nach den seinerzeit geltenden Regeln für eine Nachfolge sorgen müssen. Diese öffentliche Intervention ist freilich ambivalent. Sie erlaubt auch, die Bedürfnisse der einzelnen zu ignorieren oder gar zu verletzen: Ein Beispiel ist die Anordnung des Bürgermeisters in Halbe, man dürfe Blumen nur an der Stele niederlegen.

Gedenkort erfordern besonderes Verhalten: Diszipliniertes Trauern, vielleicht zeremoniellen Respekt. Aber selbst diese Formen öffnen Chancen für Aneignungen, für eigene Lesarten und Verhaltensweisen, die einem „hidden transcript“ folgen³⁴ - oder es etablieren: Die Kinder, die sich in den ersten Jahren nach 1945 durch das Pflegen einzelner Gräber (Spiel-)Raum für sich selbst sicherten.

4. Viele suchen einen Platz, an dem ein Zeichen bleibt, zumal im Falle des Kriegstodes. Andere sollen sich erinnern können. Dieses Streben macht es den Obrigkeiten bis auf weiteres möglich, die Sorge um eine angemessene „Ruhestätte“ für herrschaftliche Zwecke zu nutzen - für Rituale öffentlichen Gedenkens.

Konturen II: Schweigen ist Teil des Gedenkens

1. Daß niemand ein genaues Datum wußte und dazu auch nirgends eine Angabe zu finden war, gehörte beim Zentralfriedhof in Halbe zu jenem allgemeinen Schweigen, das ein kollektives Wissen über die Toten und das Zusammenführen ihrer Gebeine deckte. Die

Ermahnung des Bürgermeisters, ich solle mich doch lieber auf die zentrale Gedenkstätte in Berlin konzentrieren, war die andere Seite dieses DDR-Zugangs zu Erinnerung an und Trauer über die deutschen Kriegstoten.³⁵ Individuelle Trauer sollte ausschließlich individuell und privat bleiben; auf keinen Fall durfte sie öffentliches Gedenken beeinflussen und damit womöglich beeinträchtigen.

2. Das Schweigen über die Geschichte des Friedhofes, zugleich die langen Reihen wohlgeordneter Grabsteine, wie sie in Halbe zu finden sind, signalisiert eine Ordnung des Todes - alle Nachrichten oder Gerüchte über Leid und Greuel der Sterbenden erscheinen angesichts dieser friedvollen Ordentlichkeit unwirklich. Unsichtbar bleibt, was unter der Oberfläche ist: Massengräber, in denen Knochen und Überreste aus den umliegenden Feldern und Wäldern zusammengetragen sind.

Die Reihen der Grabsteine verweisen fraglos auf die international eingeführte und akzeptierte Zeichenwelt, in der Kriegstod und Kriegstote präsentiert werden. Spätestens seit dem ersten Weltkrieg lassen sich diese vielfach endlosen Reihen gleicher Steine oder Kreuze als Verweis darauf lesen, daß alle toten Soldaten gleichermaßen bloß „Opfer“ gewesen seien. In dieser Sicht ist Halbe ein Beitrag zu dem Versuch, im Gedenken an die, die schließlich nichts mehr hatten als Elend und Tod, ein Minimum an Solidarität zwischen allen Menschen einzufordern. Zugleich wird aber das Grauen des Sterbens und Verreckens gänzlich ausgeblendet. Beschwiegen werden die Schrecken aller Sterbenden vor dem Tode - das einzige Verbindende zwischen toten deutschen Soldaten und den Opfern von deutschem Faschismus und Raubkriegen.

3. Und noch eine andere Schicht der Vergangenheit wurde in Halbe für Jahrzehnte beschwiegen. In den ersten Tagen und Wochen nach der Öffnung der Mauer 1989 machten Angehörige ihre Erinnerungen an ihre Toten öffentlich: 55 erschossene Deserteure der Wehrmacht und, auf einem Feld an einem Ende des Friedhofes, mehrere tausend Tote (mindestens 3 000), die vom Lager Ketschendorf nach Halbe umgebettet worden waren. Nach dessen Auflösung im Februar 1947 war Ketschendorf eines der Internierungs-Lager für angebliche wie tatsächliche Nazi(kriegs)verbrecher - Lager, die die sowjetischen Behörden nach 1945 in ihrer Zone aus NS-Konzentrationslagern oder auch Kriegsgefangenenlagern umgewidmet oder neu eingerichtet hatten.³⁶

4. Schweigsamkeiten und auch Leugnen sind jedoch nicht nur einfach eine „Lüge“. Der Friedhof als Landschaftsensemble verweist bei allem Beschweigen stets darauf, was „darunter“ ist. Ordnungszeichen und Rituale der Ordnung wirken gleichzeitig in mehrfacher Weise: Sie beschweigen die Schrecken des Sterbens, würdigen sie aber doch durch Gesten der andächtigen Ehrerbietung, verweisen aber zugleich auch darauf, daß spätere Erinnerung oder Andacht weder den Leiden der Gestorbenen noch der Trauer der Hinterbliebenen gerecht werden können. Die Gleichzeitigkeit von Verdecken des Todes und Verweisen auf Tote und Sterbende machen diesen wie andere „Zentralfriedhöfe“ zu einer Notwendigkeit für beide: die jeweilige Staatsmacht und die Nachlebenden.³⁷

5. Die Besucher von Gedenkveranstaltungen ebenso wie die Frauen und Männer, die auf Gedenkstätten und Friedhöfen arbeiten, aber auch die Menschen, die Blumen oder Kränze bringen (und die in Halbe angewiesen wurden, diese nur an der zentralen Stele niederzulegen), Beamte, Funktionäre, aber auch Soldaten, die an öffentlichen Zeremonien teilnehmen oder sie aktiv durchführen: In einer Hinsicht sind sie in derselben Situation wie die,

deren Überreste zu ihren Füßen liegen. Auch die Toten waren im Leben bestrebt, im Angesicht des Krieges ihren „Eigen-Sinn“ zu bewahren und der Obrigkeit das Ihre zu geben. Und selbst darin unterschieden sie sich von den meisten ihrer Opfer nur graduell. Auch sie, die Ziel von Raubkriegen und Völkermorden des deutschen Faschismus geworden waren, wollten ebenfalls fast immer nichts als: überleben und von alten wie neuen Herren in Ruhe gelassen werden.

Die Differenz zwischen Toten und Nachlebenden ist trivial; dabei läßt sie sich nicht größer denken: Die Trauernden, die Arbeiterinnen und Arbeiter der Grablege und Grabpflege, die Staatsfunktionäre-Ost wie die Beamten und Politiker-West leben - diejenigen, um die sie trauern, sind tot. Vergangenheit als eine Macht, die für die Sterbenden „von außen“ kam, hat damit auch die Geschichte der Toten - ihre Selbstdeutung der eigenen Vergangenheit - zum Schweigen gebracht. Für die Toten hat es sich nicht ausgezahlt, das zu erfüllen, was ihnen als Forderungen von Obrigkeit und Staat galt. Sie haben gezahlt, mit ihrem Leben.

6. Grabstätten sollen für immer unter dem Schutz der Autoritäten stehen. Aber diese Dauerhaftigkeit ist nur etwas für die Überlebenden und ihre Nachkommen. Für sie, die Nachlebenden, ist es ein Ort zum Erinnern und Gedenken.

Soldatengräber und Soldatenfriedhöfe verweisen auf die Unmöglichkeit, individuelle Befriedigung bruchlos mit Unterstützung oder Hinnehmen des „großen Ganzen“ zu verbinden. Millionen waren mit dem Ergebnis ihrer Versuche und ihrer Mühen konfrontiert. Sie überlebten nicht; ihnen blieb das Massengrab.

Ich danke ganz besonders Dr. Dieter Krüger, Neubrandenburg, und Herbert Pietsch, Berlin. Im April 1989 zeigten sie mir die Spuren des Krieges und die Überreste der Kriegstoten nördlich und östlich von Berlin. Sie scheuten keine Mühe, mir zu helfen, mit Personen in Kontakt zu kommen, die sich um Gräber kümmerten und die die Erinnerung an die Schrecken des Krieges zu bewahren suchten. Sehr dankbar bin ich auch Professor Dr. Wolfgang Jacobeit und Dr. Sigrid Jacobeit (beide Fürstenberg an der Havel) sowie Dr. Reinhard Schmook, Bad Freienwalde. Diese drei erläuterten mir im Juni 1985 den Kontext von Friedhöfen und Gedenkzeichen am Oderufer, östlich von Berlin. Aber ohne den intensiven Austausch mit meinem Kollegen und Freund, Professor Gerald M. Sider (Graduate Center/City University of New York), wäre es mir nicht möglich gewesen, diese unterschiedlichen und widersprüchlichen Eindrücke zusammenzubinden.

Anmerkungen

Dies ist eine erheblich überarbeitete und z.T. erweiterte Fassung meines englischsprachigen Aufsatzes: *Histories of Mourning: Flowers and Stones for the War Dead, Confusion for the Living*. In: Gerald Sider, Gavin Smith (Hg.): *Between History and Histories. The Making of Silences and Commemorations*. Toronto 1997, S. 149-179. - Eine kurze Skizze über die Exkursion ins Oderbuch 1985 habe ich vorgelegt in H. 18 (1988) von „Geschichtswerkstatt“: „Lebende und ihre Toten. Augen-Blicke bei einem Ausflug in das Oderbruch, ebd., S. 24-28.

¹ Zu den Veränderungen des öffentlichen Gedenkens an Kriegstote, d. h. zu dessen „Demokratisierung“ in einer egalitären Gedenksymbolik besonders Reinhart Koselleck; vgl. Ders., Michael Jeismann (Hg.): *Der politische Totenkult: Kriegerdenkmäler in der Moderne*. München 1994.

² Dazu Richard Lakowski: *Von der Oder nach Halbe*, in: Herbert Pietsch, Rainer Potratz und Meinhard Stark (Hg.): *Nun hängen die Schreie mir an... Halbe: Ein Friedhof und seine Toten*. Berlin 1995, S. 22-31; er nennt 40-60 000 Tote für das Militär; Herbert Pietsch: *Kesselschlacht bei Halbe, 24. bis 30. April 1945*, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen/SOWI* 24 (1995), S. 120-124.

³ Diese Stele wurde 1961 errichtet. Der Erbauer, der Ortspfarrer Ernst Teichmann (1906-83), forderte jedoch, auch ein hölzernes Kreuz aufzurichten. Als der prominente Pfarrer und Präses der (westdeutschen) Landeskirche von Hessen-Nassau, Martin Niemöller, im Juli 1961 Halbe besuchte, nutzte Teichmann die Gelegenheit, ihn für die Unterstützung dieser Forderung zu gewinnen. Aber im Oktober desselben Jahres entschied der zuständige Rat des Bezirkes Potsdam, daß es „kein Bedürfnis“ für ein solches Kreuz gäbe, vor allem deshalb, weil sich bereits ein Denkmal auf dem Friedhof finde, vgl. Briefe vom 12. Oktober und 11. November 1961, in: Kreisarchiv Königs Wusterhausen, No. 517; vgl. auch Andreas Matschencz, Rainer Potratz: Der Waldfriedhof in Halbe, in: Herbert Pietsch, Rainer Potratz und Meinhard Stark (Hg.): Nun hängen die Schreie mir an, Anm. 2, S. 58-76, S. 66-71. — Ernst Teichmann war seit den 50er Jahren von der Polizei bzw. den Paß- und Meldebehörden, aber auch frühzeitig vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) beobachtet worden, zumindest wurden Informationen, sofern sie anfielen, gesammelt. Aus den 60er Jahren gibt es in den Akten des MfS Vermerke aus einer Observation der, der evangelischen Kirche in Berlin verbundenen Marie Schlei, zugleich prominenter SPD-Politikerin, die Teichmannbetreffen. Der Berichterstatte kommentiert ihre positive Äußerung über Teichmann damit, daß er sich ja auch „besondere Verdienste in der Gestaltung des Friedhofes Halbe-Teupitz“ erworben habe - und Schlei großes Interesse habe, Kontakte zu den Kirchen in der DDR zu knüpfen. Von 1964 stammt ein Vermerk, wonach Teichmann mit 17 Personen in West-Berlin und in Westdeutschland in „ständigem“ Postverkehr stehe, und er vor allem Einfluß auf die Jugend anstrebe. - Noch 1980 wird Ende Juli eine umfangreiche Recherche eingeleitet: Teichmann hatte Nachforschungen nach einem unbekanntem Toten auf dem Friedhof von Halbe mit 51 gleichlautenden Briefen an Pfarrämter in Südwestdeutschland verschickt. MfS-Mitarbeiter fragten sich nach den Motiven bzw. „Interessen“, aber auch nach den finanziellen Mitteln. Teichmann treffe sich „häufig mit leitenden Mitarbeitern der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR“. Man lege Kränze auf dem Waldfriedhof nieder und „anschließend findet meist ein gemeinsames Essen in der Gaststätte 'Schenk von Landsberg' statt“. Es sei vordringlich zu klären, „ob Hinweise vorliegen, daß sein Vorgehen von der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR gesteuert wird“; BStU, ZA, MfS, HA XXAP 12158/92, Bl. 1-13.

⁴ Es gab in der DDR seit 1961 außerdem im Rahmen kirchlicher Aktivitäten eine „hauptamtliche Friedhofsbrigade“ (in den 1980ern: Herr Kowalke in Buckow, Märkische Schweiz, und zwei Frauen). Sie gehörten zum Referat „Gräberfürsorge“, das seit dem Mauerbau bei der EKD-Kirchenkanzlei in West-Berlin für die Landeskirchen in der DDR eingerichtet worden war, und dessen Tätigkeit 1:1 vom „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ bezahlt wurde. Diese Brigade kümmerte sich um 60 Friedhöfe; überwiegend waren es kirchliche, aber auch kommunale gehörten dazu. Insgesamt seien ca. 200 000 Kriegs- bzw. Soldatengräber bekannt geworden, vgl. Gespräch des Verfassers am 2. Februar 1992 mit dem pensionierten Oberkirchenrat Walter Pabst (*1912). Pabst hatte das Referat 1980 - als Ruheständler - übernommen. Das Referat vermittelte weiterhin Kontakte zwischen Hinterbliebenen in der DDR mit Zuständigen im Westen (auch Photos sowie Blumenschmuck) - und umgekehrt. Vgl. auch: Gemeinsames Archiv der Evangelischen Kirchen in der DDR (GA) 70/61; 70/134; 70/114; 8275; 8271; 8271.

⁵ Die EKD als Dachorganisation der Evangelischen Kirchen in Deutschland war bereits vor Gründung der DDR, 1949, in Fragen der Kriegsgräber tätig geworden (es war offenbar klar, daß die SMAD bzw. die deutschen Behörden in der SBZ den „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ nicht akzeptierten). In Absprache auch mit der katholischen Kirche habe die EKD ein Büro in West-Berlin eingerichtet, das seinerseits Kontakt mit den acht Landeskirchen im Bereich der DDR gehalten habe. Hier wurden für jede Landeskirche Vertrauenspfarrer berufen, z. T. waren es Ruheständler. Diese gewannen ihrerseits Ortspfarrer für die Gräberfürsorge. Auf staatlicher Seite sei dies bekannt gewesen - und mit „freundlicher Duldung“ hingenommen worden; vgl. insgesamt Gespräch am 2. Februar 1992, Anm. 4.

⁶ Die DDR-Behörden erlaubten während der 1950er und 60er Jahre Besuche auf dem Friedhof nur für eine sehr begrenzte Zahl von Personen aus dem Westen. Pfarrer Teichmann bat in dieser Zeit unausgesprochen um Besuchserlaubnisse beim Bürgermeister und dem Rat der Gemeinde Halbe, bei den Räten des Kreises und des Bezirkes sowie den Ministerien. Nachdrücklich forderte er eine offeneren und „humane“ Einstellung gegenüber den Besuchsansprüchen, insbesondere aus Westdeutschland. Parallel suchte er auch Aufmerksamkeit für das Leid von Menschen in der DDR zu wecken, denen es nicht gestattet war, Verwandte zu besuchen, die im Westen lebten, insbesondere in Fällen nahenden Todes, vgl. Vorgänge Kreisarchiv Königs Wusterhausen, Nr. 504 und 517; s. auch A. Matschencz, R. Potratz: Waldfriedhof, in: Nun hängen die Schreie mir an, Anm. 2, S. 65 ff.

⁷ Bei einem Besuch in Halbe im September 1990 sagte mir eine meiner Gewährspersonen, Frau K., daß die Stasi bei den westdeutschen Kränzen am nächsten Tag bzw. unmittelbar nach dem Niederlegen die Schleifen abschnitt. Die Kranzniederlegungen der „Ständigen Vertretung“ der Bundesrepublik in Halbe waren vom MfS genau verfolgt worden; danach legte die Vertretung auch am 8. Mai mehrfach einen Kranz nieder, z. B. 1979, und zwar „gemeinsam mit dem ortsansässigen pensionierten Gemeindepfarrer, Ernst Teichmann (72)“ BStU ZA, MfS, HA XX/4, Nr. 2899, Bl. 55, und mit anschließendem Besuch bei Teichmann 1978, ebd. Bl. 61-67 sowie 1975, vgl. Bl. 61; vgl. auch BStU, ZA, MfS, HA XX/4, Nr. 189, passim.

⁸ Eine Vorregistrierung seitens der DDR-Behörden erfolgte mit einem Ministerratsbeschuß vom 13. Juli 1971 (Nr. 793/71). Danach sollten die Gräber ausländischer Militär- und Zivilpersonen sowie die von deutschen Wehrmachtangehörigen registriert, von den Kommunen gepflegt und auch zugänglich gemacht werden. Nur zu registrieren, nicht aber zu pflegen oder zugänglich zu machen waren Gräber von Angehörigen der Waffen-SS und der SS, von Polizeitruppen oder Hilfsverbänden („Wlassow-Armee“); BStU, Zentral-

archiv (ZA), MfS, XX/4, Nr. 189, Bl. 133 ff. sowie Bl. 286-389; vgl. BStU, ZA, MfS Rechtsstelle, Nr. 286. - Vorher waren nur die Gräber der Toten aus den „sozialistischen“ Staaten registriert und auch offiziell gepflegt worden. Diese generelle Registrierung war Teil der Bemühungen der DDR, Mitglied in den UN zu werden. Dazu gehörte auch, die Regelungen der vier Genfer Abkommen vom 12. August 1949 - zur Behandlung von Kriegsgefangenen, Zivilpersonen und Kriegstoten - einzuhalten. - Zur Datierung der Registrierungsaktion (die evtl. bereits 1970, d. h. vor dem Ministerratsbeschuß vom Juli 1971 begann) Brief von Dr. Dieter Krüger Neubrandenburg, 22. 10. 1992, an den Verfasser.

⁹ Dazu ausführlich Ulrich Brochhagen: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer. Hamburg 1994.

¹⁰ Eine Zeremonie in Verdun am 22. September 1984 war dabei Vorbild: Kohl hatte hier dem französischen Präsidenten Mitterrand „über den Gräbern“ offenbar spontan die Hand gereicht; beide hatten sich für mehrere Minuten bei der Hand gehalten.

¹¹ Vgl. dazu die Dokumentation in Geoffrey H. Hartmann (Hg.): Bitburg: in Moral and Political Perspective. Bloomington 1988.

¹² Vgl. für die 1950er Jahre - unter Vorantritt der Spitzen der Parteien, der Bundesregierung wie der Presse - Ulrich Brochhagen: Nach Nürnberg, Anm. 9.

¹³ Andreas Hillgruber forderte, daß sich die Historiker mit dem „Schicksal der deutschen Zivilbevölkerung im Osten identifizieren müßten, mit dem verzweifelten Sich-Opfern der deutschen Armeen an der Ostfront“ - nur dann sei es möglich, „das Ende des Faschismus“ zu verstehen, Andreas Hillgruber: Zweierlei Untergang: die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums. Berlin 1995, S. 24 f.

¹⁴ Blüm hatte bereits einige Jahre zuvor ähnlich argumentiert. In der Auseinandersetzung um den damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger, CDU, und seine Rolle als Marinerichter noch nach der bedingungslosen Kapitulation (er hatte noch ein Todesurteil verhängt), hatte Blüm im „Spiegel“ geschrieben: „Das KZ stand schließlich nur so lang, wie die Front hielt“; Der Spiegel No. 28, 1978 vom 10. 7. 1978, S. 32 f. Diesen Hinweis verdanke ich R. Sturm, Göttingen.

¹⁵ Der Volkstrauertag ist freilich seit seiner Wiedereinführung 1952 jeweils auf den ersten Sonntag im November gelegt. Die Akteure hatten dieses mit Nachdruck betrieben, um eine Erinnerung an den „Heldengedenktag“, wie ihn die Nazis genutzt und begangen hatten - am zweiten Sonntag im März - möglichst auszuschließen. Dieser Tag im März war bereits in der Weimarer Republik als nationaler Trauertag eingeführt worden (vgl. dazu Gerhard Schneider: ... nicht umsonst gefallen? Kriegerdenkmäler und Kriegstotenkult in Hannover. Hannover 1991. Zur Einführung des „Volkstrauertages 1952, S. 310ff). Schneider schildert auch die (erfolglosen) Bemühungen von Antifaschisten nach 1945, einen offiziellen Tag des Gedenkens an die Opfer des Faschismuseinzuführen, vgl. S. 284 ff. - Nach dem Fall der Mauer suchten Neonazis in Ost- und Westdeutschland, sich dieser Gelegenheit zu bemächtigen. Bereits zum Datum des Volkstrauertages 1989, am 28. November, also nur zweieinhalb Wochen nach dem Fall der Mauer, versammelten sich mehrere hundert Neo-Nazis am Friedhof von Halbe. In noch größerem Rahmen feierten sie ihren „Heldentag“ in Halbe 1990 und 1991. 1992 wurde endlich ein Verbot erlassen bzw. auch nachdrücklich polizeilich durchgesetzt.

¹⁶ Göttinger Tageblatt, 2. Juli 1993, S. 17.

¹⁷ Holger Biermann: Ein Adler für Namibia. Das Südwest-Afrika-Denkmal. In: Gottschalk (Hg.): Verewigt und Vergessen, S. 51-53. - In der sowjetischen Besatzungszone hatten die sowjetischen Militärbehörden im Juni 1946 angeordnet, daß sämtliche Inschriften auf öffentlichen Denkmälern (einschließlich derer in Kirchen und auf Friedhöfen) zu tilgen seien - und dasselbe sollte für Straßennamen gelten -, die Kriegsheldentum feierten oder in einer anderen Hinsicht „militaristische Züge“ hätten. Auch Denkmäler, die in ihrem Design entsprechende Kennzeichen zeigten, sollten zerstört werden. Vgl. dazu einschließlich lokaler Berichte Landeshauptarchiv Potsdam, Rep. 230, Oberlandratsamt Cottbus, Nr. 66.

¹⁸ Dazu und zum folgenden Holger Biermann, Frauke Lindloff: „Alle werden fallen“. Das Kriegerdenkmal im Rosengarten, in: Gottschalk (Hg.): Verewigt und Vergessen, Anm. 17, S. 54-66.

¹⁹ Dazu und zum folgenden eigene Erinnerung und Eckart Stedeler: Der Stein des Anstoßes. Ein Denkmal für Deserteure, in: Gottschalk (Hg.): Verewigt und Vergessen, Anm. 7, S. 134-140.

²⁰ Die einschlägigen kirchlichen Aktivitäten, s. oben Anm. 3-5, waren in den Wahrnehmungen dieser interessierten DDR-Bürger, die aber nicht kirchlich gebunden waren, nicht präsent.

²¹ In ihrem nachdrücklichen Anspruch, den „Antifaschismus“ aufzunehmen und weiterzuführen, kümmerten sich die DDR-Behörden vornehmlich um Friedhöfe und Gedenkstätten, die diesem Anspruch entsprachen oder entsprechen sollten. Sie konzentrierten sich also auf jene Plätze, an denen Opfer bzw. „Opfer des Faschismus“ begraben waren, jedenfalls soweit sie die SED als Helden der Arbeiterbewegung betrachtete, vor allem Mitglieder der KPD aus den 20er und 30er Jahren, die in Auseinandersetzungen vor 1933 oder unter dem Terror der Nazis gestorben waren. Bereits vor der Gründung der DDR (das offizielle Datum war der 7. Oktober 1949) war Wilhelm Pieck, einer der Führer der kommunistischen Bewegung der Weimarer Zeit, und dann einer der beiden Vorsitzenden der SED nach 1946, bestrebt, den Friedhof und die „Gedenkstätte für die alten Sozialisten“ in Friedrichsfelde wiederherzustellen und umzubauen. Im Februar 1949 wandte er sich an der Oberbürgermeister von Ostberlin, Friedrich Ebert, den Sohn des ersten Präsidenten der Weimarer Republik, und schlug eine Reihe von Veränderungen, aber auch eine Vergrößerung der gesamten Anlage vor. In den folgenden Monaten mahnte er mit Nachdruck diese Veränderungen an. Die Gedenkstätte sollte der Erinnerung der Opfer des Terrors gegen Sozialisten und Kommunisten nicht nur während der Nazizeit, sondern

auch in der Weimarer Republik gewidmet werden. Im Mittelpunkt sollte wiederhergestellt werden, was die Nazis zerstört hatten: die Gräber von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie anderer Opfer der Mordaktionen vom Januar 1919, vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), NY 36/611, fol. 57 ff. Das starke persönliche Engagement Piecks reflektierte das nachträgliche Bemühen der SED, eine Heldentradition zu (re)produzieren. Hier zeigte sich aber auch eine persönliche Beziehung zu führenden Personen der kommunistischen Bewegung in Deutschland: Pieck hatte zu denen gehört, die die Gedenkstätte für diese Toten von 1919 vorgeschlagen und dann auch gestützt hatten (die 1928 von Gropius gebaut worden war). Dort hatte er mehrfach vor 1933 der toten Genossen gedacht; diese Tradition nahm er im Januar 1951 wieder auf.

²² Vgl. Anm. 8.

²³ Nach einem Aktenvermerk des Leiters der Abteilung XX/4 des MfS vom 1. Juli 1975 existierten „zusammengefaßte Übersichten“ über Friedhöfe, Gräber und Massengräber „ehemaliger Soldaten der faschistischen Wehrmacht... nur beim... Ministerium für örtlich geleitete Industrie und Versorgungswirtschaft“ sowie dem Ministerium des Innern, BStU, ZA, MfS, HA XX/4, Nr. 2899, Bl. 130.

²⁴ Dazu Atina Grossmann: Eine Frage des Schweigens? Die Vergewaltigung deutscher Frauen durch Besatzungssoldaten, in: Sozialwissenschaftliche Informationen/SOWI 24 (1995), S. 109–119.

²⁵ Vgl. Gedenkstätte der Befreiung auf den Seelower Höhen, Seelow 1985, bes. S. 50 ff. und 56 ff. (zur Nutzung der Gedenkstätte für militärische Zeremonien durch sowjetische, DDR- und polnische Truppen). – Bei einem Besuch des Museums am 10. September 1990 fand ich eine Tafel, die die Zahlen der Besucher bis zum 31. Dezember 1989 enthielt. Danach waren es 287 774 aus der UdSSR, 24 381 aus Polen, 8 951 aus Westdeutschland und 2 255 aus Westberlin, außerdem eine kleine Zahl aus weiteren Ländern. Zahlen der Besucher aus der DDR wurden nicht genannt. Im September 1990, wenige Wochen vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, wurden zum ersten Mal Ausstellungsstücke gezeigt, die auch die deutsche Seite dieser Kämpfe erkennen ließen. Dazu gehörte eine Photographie von Gräbern in der Nähe von Wriezen im Oderbruch. Laut Unterschrift waren hier tote deutsche Soldaten von deutschen Truppen begraben worden, auf dem Bild waren Grabsteine in der Form eines eisernen Kreuzes zu erkennen.

²⁶ Im April 1991 wurde in der Nähe der sowjetischen Gedenkstätte so etwas wie ein Gegen-Denkmal eingeweiht. Der Ministerpräsident von Brandenburg, Manfred Stolpe, pflanzte gemeinsam mit sowjetischen und polnischen Generalen Bäume, die einen „Friedenswald“ bilden sollten. Er sollte die Notwendigkeit bezeugen, Alternativen zu Krieg und Tod zu entwickeln, so jedenfalls Stolpe bei dieser Gelegenheit, vgl. Die Kirche, 28. April 1991, S. 8.

²⁷ Die größte und monumentalste dieser deutschen Gedenkstätten in Deutschland wurde 1947 bis 1949 im Südosten von Berlin, im Treptower Park, errichtet. Dieser Park war ein Versammlungsort für Arbeiter und Arbeiterdemonstrationen seit dem späten 19. Jahrhundert. Am 1. Mai 1946 hatten deutsche Gewerkschafter und Antifaschisten einen kleinen Gedenkstein errichtet. Auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration begann 1947 der Bau einer großen Gedenkstätte, die im Mai 1949, zum vierten Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung, offiziell eingeweiht wurde. Als Material verwendete man auch Marmor aus den Trümmern von Hitlers Neuer Reichskanzlei; vgl. Horst Köpstein und Helga Köpstein: Das Treptower Ehrenmal: Geschichte und Gegenwart des Ehrenmals für die gefallenen sowjetischen Helden in Berlin. Berlin 1987; vgl. auch Wolfgang Gottschalk: Ausländische Ehrenmale und Ehrenfriedhöfe in Berlin. Berlin 1992. – Das Ehrenmal gehörte in der DDR bald zu den Standardschauplätzen z. B. für Schul- und Kinderbücher, vergleiche ein Kinderbuch, das eine Tour durch (Ost-)Berlin beschreibt: Dänhardt: Alex, Spree und Ehrenmal. Berlin 1979/1981. Unter den 31 Sehenswürdigkeiten, die hier erwähnt werden, ist das „Ehrenmal für die gefallenen Helden der Sowjetunion“ eine. Der Verfasser fügt hinzu, daß dies das „zentrale Ehrenmal für die gefallenen Helden der Sowjetunion“ sei. Ebenfalls erwähnt wird das Ehrenmal „Für die Opfer von Faschismus und Militarismus“, die „Neue Wache“ (ebd. S. 68). – Nach Öffnung der Mauer wurden die Friedhöfe der Toten der Roten Armee zu Ziel-scheiben überwiegend Rechtsgerichteter oder sich rechts bzw. mit Neonazizeichen ausstaffierender Jugendbanden und Jugendgruppen sowie von Neonazis. Die „Berliner Zeitung“ berichtete z. B. für das Wochenende vom 29./30. Mai 1993 über drei Fälle aus der Nähe von Berlin, vgl. Berliner Zeitung, 1. Juni 1993, S. 4.

²⁸ Als eine „Gegenlektüre“ vgl. jedoch den Ausgrabungsbericht einer Erschießungsstätte in Weißbrüßland aus der Zeit des stalinistischen Terrors: Kurapaty. Ausgrabung eines Gräberfeldes aus dem Stalinismus. Minsk 1994; deutsche Fassung übers. von Harald Pinl. Hannover/Barsinghausen 1997 (= Verein für Geschichte des Weltsystems, Rundbrief 21, Anl. 1).

²⁹ Vgl. dazu aber auch für die 1940er Jahre: Unter dem 10. Mai 1947 erließ das Landratsamt des Kreises Lebus ein Rundschreiben an die „Herren Amtsvorsteher und Bürgermeister“. Darin wurde – und zwar zu wiederholten Malen – darauf aufmerksam gemacht, daß die deutschen Stellen verpflichtet seien, die Gräber gefallener russischer Soldaten bzw. russische Friedhöfe zu betreuen: „Von seiten der Kreiskommandantur (der Roten Armee) wird in letzter Zeit häufig Klage darüber geführt, daß sich diese Friedhöfe und Gräber in einem überaus unwürdigen Zustand befinden. Ich mache nunmehr alle Amtsvorsteher und Bürgermeister dafür verantwortlich, daß sofort alle Maßnahmen getroffen werden, damit die russischen Heldenfriedhöfe und soweit vorhanden noch Einzelgräber in Ordnung gebracht und ständig betreut werden.“ Die Vollzugsmeldung wurde bereits zum 15. Mai, also sofort angeordnet; Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 250 Lebus/Seelow, Nr. 348.

³⁰ Christian Streit: Keine Kameraden. Stuttgart 1988.

³¹ Vgl. Dieter Krüger: „... doch sie liebten das Leben“: Gefangenenlager in Neubrandenburg 1939 bis 1945. Neubrandenburg 1990.

³² Terminologie und Akzentuierung bezogen sich direkt auf jene Analyse, die von der Komintern 1935 ausdrücklich bestätigt worden war. Die von den Moskauer Führern kontrollierte kommunistische Bewegung sah demnach im Faschismus eine „offene terroristische Diktatur“ der „reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“; vgl. zu dem darauf gegründeten Antifaschismus Jeffrey Herf: Zweierlei Erinnerung: NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Berlin 1998 (amerikan. 1997); Herfried Münkler: Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als Gründungsmythos der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 45/98, S. 16–29; Jürgen Danyel (Hg.): Die geteilte Vergangenheit: Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten. Berlin 1995; Lutz Niethammer, unter Mitarbeit von Karin Hartewig (Hg.): Der „gesäuberte“ Antifaschismus: Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994.

³³ Daß diese Entlassungen keineswegs ganz flächendeckend durchgesetzt wurden, bzw. nach 1948 auch in der SBZ sehr wohl einfache Mitgliedschaft nicht weiter als Ausschließungsgrund galt, bleibt dabei unerwähnt.

³⁴ James W. Scott: Domination and the Arts of Resistance: Hidden Transcripts, New Haven/London 1990, bes. S. 183 ff.

³⁵ Wie sensibel Besuche in Halbe stets waren, zeigt sich im Spiegelbild staatlicher Beobachtung und Intervention. Im Juni 1983 hatte der Plan des 2. Friedenspolitischen Forums der Berliner Erlöserkirche, zum Weltfriedenstag im September eine Friedens-Radfahrt nach Halbe zu veranstalten, starke Gegenreaktionen ausgelöst, die auch zu einer Änderung des Planes führten; (vgl. Matschenz, Potratz: Waldfriedhof, Anm. 2, S. 73). – Im Frühjahr 1985 berichtete ein IM aus dem Pankower Friedenskreis, daß Halbe in den Diskussionen über „mögliche Aktivitäten zum 40. Jahrestag der Befreiung“ eine Rolle spielte. Der Leiter einer der Arbeitsgruppen hatte den Vorschlag gemacht, „den deutschen Soldatenfriedhof in Halbe zum Gedenken aufzusuchen“. Dieser Leiter fiel dem IM übrigen dadurch auf, daß er „ständig eine antisozialistische ideologische Position betont“; darin unterscheidet er sich von den anderen Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe, die „zwar christlich-pazifistische, jedoch keine generell feindlichen Positionen erkennen lassen“. – In einem weiteren Bericht wurde mitgeteilt, daß die AG „Gewaltfreies Training“ des Pankower Friedenskreises am 29. April '85 eine „erneute Zusammenkunft durchgeführt hat“. Dabei sei man aber übereingekommen, „für den 40. Jahrestag der Befreiung und des Sieges nunmehr kein[en] Besuch des deutschen Soldatenfriedhofes in Halbe“ vorzusehen. Vielmehr wolle man die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen besuchen. Angefügt war, daß „inoffiziell bekannt wurde“, daß der Leiter der AG „seinen Westberliner Kontaktpartner N.N. zu einem gemeinsamen Besuch des Soldatenfriedhofes in Halbe eingeladen hatte“. Dieser „Kontaktpartner“ habe ihm aber „eine deutliche Absage“ erteilt; BStU, ZA, MfS, HA XVIII, Nr. 11482, Bl. 117 u. Bl. 140.

³⁶ Vgl. Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 1, Studien und Berichte, hg. von Alexander von Plato, Berlin 1998, bes. Lutz Prieb: das Speziallager des NKVD Nr. 5 Ketschendorf, in: ebd., S. 353–363 (wo Halbe nicht erwähnt wird!); zu Halbe vgl. Jan van Flocken, Michael Klonovsky, Christian Münter: Halbe mahnt! Denkschrift für Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Halbe 1990.

³⁷ Wie sehr das (Ver)Schweigen beredt war, vor allem auf verbreitetem Wissen basierte, lassen auch zwei literarische Zeugnisse aus den späten 1970er und den 80er Jahren erkennen. Insofern ist der Bezug auf – in der Tat höchst spärliche – Presseveröffentlichungen allein nicht ausreichend, vgl. aber A. Matschenz, R. Potratz: Waldfriedhof, Anm. 2, S. 71. – In dem Roman „Familienfoto“ erlebt der Hauptakteur, Paul, während eines Urlaubs in der Seenlandschaft südlich von Berlin ein für ihn beklemmendes *déjà vu*. Er schläft schlecht, freilich „war es nicht die neue Umgebung, es war die alte. Reichlich 30 Jahre schrumpften zu einem Nichts... In den Wäldern von Teupitz riefen sie nach ihm. So seltsam konnte kein Vogel schreien...“ Als er erneut einzuschlafen versucht, wird er wieder zurückgeführt zu jenem „16. April im Morgengrauen“. Hier war es, daß „aus der Nacht... in Sekunden Tag (wurde)... die Abschüsse waren zu hören, der Boden erzitterte, der Wald schwankte, die Erde brach auf, Nebelgeschosse nahmen ihnen die Sicht... die 9. Armee hörte auf, eine Armee zu sein.“ – Bei der Erkundung der Gegend registriert er unausgesetzt die Zeichen von damals. Vor allem: „Hier hatte es eine deutsche Panzersperre gegeben, und eigene Tigerpanzer waren über sie hinweggewalzt. Deutsche gegen Deutsche – der letzte Kampf, um dem Kessel zu entkommen. Und dem General, der in einem der Panzer saß, war der Durchbruch in Richtung Westen gelungen. Westen...“, Wolfgang Eckert: Familienfoto. Roman. Halle, Leipzig [ca. 1979], S. 340 ff.

Auch an anderer Stelle wurde literarisch-dokumentarisch auf den Kriegstod von 1945 aufmerksam gemacht. In einem Band mit dem Titel „Bauplatz DDR“ war eine der sieben dort gesammelten Reportagen dem Oderbruch gewidmet: „Alles Leben schien damals im Oderbruch ausgelöscht“. Mehr noch, der Autor zeigt besondere Erschütterung, daß „der Tod des braunen Krieges... unersättlich zu sein [schien]“. Einzelne oder auch ganze Gruppen wurden immer noch von Minen „erwischt“; Peter Nell: Bauplatz DDR. Sieben Reportagen. Potsdam o. J., S. 15 ff., 21 ff.